

343. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 13. Mai 2013, 19:30 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Vorsitz	Kühn-Blank Christa (parteilos; Sitz SP), Präsidentin
1. Vizepräsident	Messerli Gregor (FDP)
2. Vizepräsidentin	Raymann-Ochsenbein Brigit (SP)
1. Stimmzähler	Wälti Martin (SVP)
2. Stimmzählerin	Zwahlen-Leibundgut Beatrix (EVP)
Mitglieder	Fasel Didier (BDP) Hauser Adrian (BDP) Läderach Christof (BDP) Stocker-Sturzenegger Christine (BDP)
	Bergmann Andreas (EVP) Cetin Mayk (EVP) Stöckli Rolf (EVP) Suter Harry (EVP) Zimmermann Lukas (EVP)
	Emch Ulrich (FDP) Jörg Corinne (parteilos; Sitz FDP) Kämpfer Erwin (FDP) Maccaferri-Iseli Barbara (FDP) Masciadri Monica (FDP) Schwarzenbach Jürg (FDP) Schweizer Hans Peter (FDP)
	Brook Liechti Vanessa (GLP) Graf Stefan (GLP) Jorio Nicola (GLP) Jost-Pfister Catarina (GLP)
	Bernhard Niklaus (SVP) Gfeller Paul (SVP) Hirsbrunner Bruno (SVP) Stucki Simon (SVP) Waber Michael (SVP) Wermuth Bruno (SVP)
	Büchel-Wampfler Sandra (SP)

Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der Sitzung vom 18. März 2013: Genehmigung
3. Verwaltungsbericht 2012: Genehmigung, Abschreibung parlamentarischer Vorstösse
4. Gemeinderechnung 2012, Rückstellung KESG-Massnahmen: Genehmigung, Nachkreditbewilligung
5. Wasserversorgung; Leitungsersatz im Siedlungsweg in Rüfenacht und Erstellung eines Messschachtes: Kreditbewilligung
6. Parlamentarische Vorstösse:
 - 6.1 Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Gehalt-, Spesen- und Arbeitszeitregelung sowie Handhabung der Nebenämter des Gemeindepräsidenten
 - 6.2 Interpellation der FDP-, SP- und SVP-Fraktionen betreffend Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung
 - 6.3 Einfache Anfrage der FDP-Fraktion betreffend Volksmotion „Genügend Sportplätze für alle!“
 - 6.4 Einfache Anfrage der SP-Fraktion betreffend Samstagsmarkt
 - 6.5 Neueingänge

Traktandenliste

Ratspräsidentin Kühn-Blank Christa: Ein dringliches Postulat der FDP-Fraktion betreffend Sanierung der Worber Finanzen ist eingereicht worden. Der Vorstoss ist vor Sitzungsbeginn verteilt worden. Es ist die Frage der Dringlichkeit zu beantworten.

Emch Ulrich, FDP: Das vorliegende Resultat darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Lage des Finanzhaushaltes sehr kritisch geworden ist. Diesen Satz haben wir alle gelesen. Er steht im Vorspann der Gemeinderechnung 2012. Auch die Bevölkerungsbefragung hat gezeigt, dass ein grosser Teil der Bevölkerung die Finanzen als eines der Probleme der Gemeinde ist und Sorge bereitet. Deshalb sind wir der Meinung, dass über ein solches Problem nicht mehr nur kleine Wundpflaster geklebt werden können. Es geht um die Sanierung der Finanzen, dies muss klar zum Ausdruck kommen. Die Sanierung braucht Ziele. Die Ziele müssen gesetzt werden, es braucht einen klaren Zeitplan und die Massnahmen müssen realisierbar sein. Es braucht jeden vom Parlament für diese Sanierung. Ebenfalls benötigen wir dazu fachkundige Unterlagen. All das ist der Inhalt von dem dringlichen Postulat. Wenn wir im Herbst 2013 über den Finanzplan und den Voranschlag 2014 beraten werden, dann dürfen wir nicht einfach eine fixfertige Lösung auf dem Tisch haben. Wir denken, dass es zu diesem Zeitpunkt notwendig ist, dass wir klare Aufstellungen von Szenarien vor uns haben. In diesen Szenarien sollen der erwähnte Zeitplan und die Ziele ersichtlich sein. Wir alle müssen mithelfen und es ist klar, dass die Sanierung der Gemeindefinanzen nicht in einem Jahr realisierbar ist. Es braucht mittelfristige Massnahmen, welche angegangen werden müssen. Es ist wichtig, dass wir über das dringliche Postulat nicht erst nach der Sommerpause, sondern in der Juni-Sitzung befinden können. Wir bitten euch, im Sinne der Sache, dass ihr dem Postulat zustimmt.

Beschluss zur Dringlichkeit des Postulats der FDP-Fraktion betreffend Sanierung der Worber Finanzen:

Der Dringlichkeit wird mit 31 zu 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen zugestimmt.

Ratspräsidentin Kühn-Blank Christa: In Anwendung von Art. 53 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates wird das Postulat für die Sitzung vom 24. Juni 2013 traktandiert.

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 343	13.05.2013	1	2013/17-24	143	12/0/0

Ratspräsidentin Kühn-Blank Christa: Zu Beginn meines Amtsjahres habe ich angekündigt, dass ich Parlamente der Nachbargemeinden besuchen werde. Am 24. April 2013 war ich nun an der GGR-

Sitzung in Zollikofen zu Gast gewesen, wo ich sehr freundlich empfangen wurde. Vor der Sitzung habe ich mich zu einem Gespräch mit der Ratspräsidentin Marceline Stettler getroffen. Sie hat mich kurz über die spezielle Situation ihrer Gemeinde als Agglomerationsgemeinde und ihren Ratsbetrieb informiert. Die Traktandenliste umfasste unter anderem die definitive Einführung der Schulsozialarbeit, die Schulraumplanung, preisgünstiger Wohnraum und Veloverbindungen. Themen, die auch uns nicht fremd sind. Die Geschäftsordnung ist praktisch gleich wie die unsrige. Vier kleine Unterschiede habe ich dann doch entdeckt. Erstens: Die GGR-Mitglieder haben die Wahl, ob sie ihre Voten vom Platz aus oder am Rednerpult abgeben. Zweitens: Die Ratsprache ist Mundart, obwohl sie einige ausländische Ratsmitglieder haben. Drittens: Die parlamentarischen Vorstösse werden in einer der nächsten Sitzung behandelt und nicht wie bei uns, innerhalb der drei folgenden Sitzungen. Viertens: Der Ratsausflug geht in Zollikofen traditionell in den Heimatort der Ratspräsidentin oder des Ratspräsidenten. Sie können froh sein, dass das bei uns nicht so ist. Mein Heimatort ist Schaffhausen. Das hätte wohl bedeutet, wenn wir dahin gefahren wären, dass es bei unserem beschränkten freien Ratskredit für das Jahresschlussessen nur noch ein Wienerli gegeben hätte.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Planung: Ich informiere gerne über drei Projekte aus dem Departement Planung. Das erste Projekt ist die Umgestaltung des Dorfplatzes. Der Gemeinderat ist im Rahmen von drei überwiesenen Vorstössen beauftragt worden, den Aussenraum im Bereich des Dorfschulhauses aufzuwerten und zu einem Ort der Begegnung zu gestalten. Die Anliegen der Vorstösse sind vielfältig und zielen zum Teil in entgegengesetzte Richtungen. Unter anderem steht die Realisierung eines neuen Kinder- und Familienspielplatzes zur Diskussion. Im Zusammenhang mit der anstehenden Umgestaltung der Bahnhofstrasse ist der Zeitpunkt jetzt günstig, das Anliegen eines attraktiven, vielfältig nutzbaren Dorfplatzes zu realisieren. Der Gemeinderat hat beschlossen, die Anliegen der politischen Vorstösse mit einem Konkurrenzverfahren zu bearbeiten. Ziel des Konkurrenzverfahrens ist es, ein überzeugendes Nutzungskonzept und eine Gestaltungsidee für den Dorfplatz zu finden. Zu dieser Konkurrenz sollen drei Landschaftsarchitekturbüros eingeladen werden, die dann unter Beizug weiterer Fachleute in einer ersten Runde ein Nutzungskonzept für den Dorfplatz ausarbeiten werden. Das Team mit dem besten Nutzungskonzept soll dieses danach zu einem Gestaltungsprojekt verfeinern. Dieses Konkurrenzverfahren wird mit einer Begleitgruppe begleitet, die dann auch als Beurteilungsgremium auftreten wird. In dieser Begleitgruppe ist einerseits ein Architekt und ein Landschaftsarchitekt als Experte vertreten, andererseits auch die Gemeinde durch Mitglieder der Planungskommission, Vertretungen der Gruppierungen, die hinter der erwähnten Vorstössen stehen, des Worber Gwärbs, des VSeSe, der Jugendarbeit und selbstverständlich der Schule, die diesen Platz gegenwärtig hauptsächlich nutzt. Diese Begleitgruppe wird das beste Nutzungskonzept erküren und dieses dann durch das Siegerteam in ein Gestaltungskonzept ausarbeiten lassen. Selbstverständlich besteht dann auch die Möglichkeit, dass eigene Empfehlungen der Begleitgruppe zur Gestaltung des Dorfplatzes eingebracht werden können. Diese Begleitgruppe hat ihre Arbeit anfang Mai 2013 aufgenommen. Sie hat im ersten Schritt die Grundlagen und das Programm von diesem Konkurrenzverfahren erarbeitet. Sie hat Vorschläge für die Landschaftsarchitekturbüros zusammengetragen, die zu diesem Konkurrenzverfahren eingeladen werden sollen. Dieses Programm wird nun in der Planungskommission diskutiert und dann dem Gemeinderat zum Beschluss vorgelegt. Ziel ist es, dass das Gestaltungskonzept für den Dorfplatz Ende dieses Jahres vorliegt. Am nächsten Mittwoch wird eine weitere Arbeitsgruppe ihre Arbeit aufnehmen. Nämlich die Begleitgruppe der Umgestaltung von Bahnhof- und Bernstrasse, die bekanntlich im Rahmen der Verkehrssanierung vorgenommen wird. In dieser Begleitgruppe arbeiten betroffene Gewerbetreibende und Gewerbetreibende sowie betroffene Anwohnerinnen und Anwohner mit. Diese Begleitgruppe bietet die Möglichkeit, dass die zum Teil entgegengesetzten Interessen vom Gewerbe und von den Anwohnerinnen und Anwohnern eingebracht werden können. Ziel ist

es, dass einerseits das gegenseitige Verständnis gefördert wird und andererseits die Gruppe in den Konfliktfällen auch konstruktive Lösungen ausarbeitet. Schliesslich soll diese Gruppe auch die erforderlichen Kommunikationsaktivitäten begleiten. Sie übernimmt zudem eine gewisse „Radarfunktion“ und soll so dazu beitragen, dass die Umgestaltung von Bahnhof- und Bernstrasse erfolgreich umgesetzt werden kann. Im Zentrum der ersten Sitzung vom nächsten Mittwoch steht die mögliche Sperrung der beiden Strassen. Dabei stellt sich die Frage, in welchen Schritten diese Massnahme allenfalls eingesetzt und mit welchen Mitteln die Strasse dann auch gesperrt werden sollen. Ich weise gerne noch einmal darauf hin, dass wir im Rahmen von drei Foren zusammen mit Vertreter der Ortsvereine, Vertreter der politischen Parteien, Vertreter der ersten Interessengemeinschaft im Rahmen des Abstimmungskampfes zur OP06+ aufgetreten sind und mit Vertreter der Gewerbe, der Landwirtschaft und vor allem mit der Bevölkerung, die Grundlagen für die neue Ortsplanungsrevision diskutieren wollen. Diese drei Foren finden am 20. Juni 2013 und am 12. September 2013 im Bärensaal statt. Zudem findet ein Forum am 21. November 2013 im Kirchgemeindehaus Rüfenacht statt. Im ersten Forum geht es darum, eine Auslegeordnung zur räumlichen Entwicklung der Gemeinde Worb zu machen. Dabei steht die Frage im Zentrum, welche Anliegen die Bevölkerung in Bezug auf die nächste Ortsplanungsrevision hat. Das Programm des ersten Forums habe ich hier projiziert (Folienauflage. Die Protokollführerin). In den weiteren Foren geht es dann um die Grundsätze der Ortsentwicklung und dabei auch insbesondere um die Frage bezüglich der Innenverdichtung, die im Rahmen der nächsten Ortsplanungsrevision umgesetzt werden soll.

Gemeinderat Hauser Ernst, Departementsvorsteher Bau: Ich habe zwei Mitteilungen zu verkünden. Die erste betrifft die Flachdachsanierung im Worboden. Die noch offene Frage von Heiko Zeh betreffend extensive und vielfältig strukturierte Dachbegrünung möchte ich hier nun beantworten. Wie bereits bei der ersten Beantwortung im GGR am 25. Juli 2012, muss die Statik überprüft werden. Die Dächer werden durch die extensive Begrünung mit einer Substrathöhe von 90 Millimeter mit zusätzlich ca. 50 Kilo pro Quadratmeter belastet. Diese Zusatzbelastung kann bei den Betondächern noch ohne statische Berechnung toleriert werden. Die Dächer in Stahlkonstruktion also Turnhalle und Aula sind statisch bereits am Limit. Diese werden ja auch noch zusätzlich durch die Solaranlage belastet. Die erste Grobkostenschätzung hat Zusatzkosten von etwa CHF 20'000.- inklusive Statiker ergeben. Damit wir die Dachflächen ökologisch noch besser aufwerten können, werden wir wie folgt vorgehen: Bei der Sporthalle, Foyer und Aula haben wir eine Stahlkonstruktion. Da wird der Aufbau von 90 Millimeter Substrat, wie geplant mit Sedumssprossen und zusätzlichen Steinrosen gemacht. Beim Klassentrakt (Betondecke) ist der Aufbau 100 Millimeter Substrat. Da gibt es 10 Millimeter mehr mit Sedumssprossen, Steinrosen und anderen Blumen. Eine Ausführung erfolgt aber erst, nachdem die Bauabrechnung bekannt ist, damit wir sicher innerhalb des bewilligten Kredites sind, und keine zusätzlichen Kosten verursachen. Die zweite Mitteilung betrifft den Wasserbau. Wie ihr alle in der Presse und vor Ort mitverfolgen könnt, läuft das Projekt planmässig. Trotz des regnerischen Frühlings ist der Bauablauf im geplanten Rahmen. Nun haben wir vom Projektcontrolling eine erste Endkostenprognose erhalten. Bekanntlich wurde in der Gemeindeabstimmung vom 7. März 2010 ein Kredit von 16,8 Mio. Franken bewilligt. Vom Bund und Kanton wurden Beiträge von 60 - 80% erwartet. Im Kostenvoranschlag sind wir immer von einem Beitrag von 70% ausgegangen. Das gibt eine Gemeindebeteiligung von 5 Mio. Franken. Nun, wie bereits erwähnt, steht die erste Endkostenprognose bei 19,5 Mio. Franken. Dies sind 16% mehr als der Kostenvoranschlag. Was führt zu dieser Kostenüberschreitung? Der Kreditbeschluss basiert auf einem Wasserbauplan mit Kostenvoranschlag plus bzw. minus 10% Kostengenauigkeit. Die Bearbeitungstiefe des Wasserbauplanes hat nicht in allen Teilen demjenigen des Bauprojekts entsprochen. Verschiedene Anpassungen wurden nur sehr grob geschätzt. Zum Beispiel wird der Hartverbau in der Ausführung dreimal teurer als im Kostenvoranschlag sein. Dafür wird der langfristige

Unterhalt günstiger bzw. gibt es höhere Entschädigungen. Im Kostenvoranschlag haben wir uns auf die damalige Beurteilung des Inforama abgestützt. Bei den Landerwerbsverhandlungen sind neue Faktoren, wie aufwändigere Bewirtschaftung dazugekommen. Dies bedeutet wiederum grössere Entschädigung. Beim Wasserbauplan ist man davon ausgegangen, dass der Werkhof des Tiefbauamtes nur für die Abbruchkosten weggeräumt werden muss. Die noch laufenden Verhandlungen zeigen hier aber, dass das Gebäude und das Grundstück vom Tiefbauamt wahrscheinlich zum Verkehrswert entschädigt werden muss. So führen verschiedene kleine Mosaiksteine schlussendlich zu dieser unschönen Kostenüberschreitung. Betreffend der Risikobeurteilung sind bis Ende März rund 4,4 Mio. Franken abgerechnet worden. Das entspricht gut einem Fünftel der mutmasslichen Endkosten. Mit Ausnahme der Bauarbeiten für den Abschnitt drei sind alle grösseren Arbeiten vergeben. Die Honorare und Landerwerbskosten dürften auf Grund der Verträge des aktuellen Bearbeitungsstandes und den Vereinbarungen mit den Grundeigentümern als stabil betrachtet werden. Grössere Unsicherheiten bezüglich der Kosten bestehen nur noch im Abschnitt drei. Da findet die Submission erst im Herbst 2013 statt. Der Kostenseite stehen noch rund fünf Prozent der noch nicht abgerechneten Kosten als ungebundene Reserven gegenüber. Wenn wir nun die Endkostenprognose, also die 19,5 Mio. Franken, näher betrachten, verliert die Kostenüberschreitung den ersten grossen Schock. Wegen der hohen Qualität des Projektes aus der Sicht der Gewässerökologie und der guten Revitalisierung bestehender Gewässer, kommt es zu einem bedeutend höheren Beitrag von Bund und Kanton. Statt wie angenommen 70%, beträgt dieser nun 83.2%. Aus den gleichen Gründen hat der Kanton einen Zusatzbeitrag aus seinem Renaturierungsfonds beschlossen. Schliesslich engagiert sich die Mobiliar mit einem freiwilligen, nicht kleinen Unterstützungsbeitrag. Zusammengefasst wiederum beträgt die neue Endkostenprognose 19,5 Mio. Franken, plus 16% über dem Kostenvoranschlag, abzüglich der Teuerung von 3% in den Jahren 2009 - 2013 und die Mehrwertsteuererhöhung von 0.4%. Das ergibt eine Kostenüberschreitung von 13% über dem Kostenvoranschlag. Abzüglich der Bundes- und Kantonsbeiträge, dem Renaturierungsfonds und dem Beitrag der Mobiliar, bleiben der Gemeinde Worb, ohne Berücksichtigung vom Kantons- und Bundesbeitrag auf die Mehrkosten, die Nettokosten von 3,5 Mio. Franken statt die bewilligten 5 Mio. Franken.

Gemeinderat Leiser Thomas, Departementsvorsteher Sicherheit: Gerne informiere ich über ein Geschäft, welches letzten Herbst im GGR war und für grossen Diskussions- und Gesprächsstoff gesorgt hat. Der Gemeinderat hat dem GGR an der Sitzung vom 15. Oktober 2012 die Kreditabrechnung des Geschäftes Sanierung der Schiessanlage Lehn vorgelegt. Der Grosse Gemeinderat hat dabei von der Kreditüberschreitung in der Höhe von CHF 134'716.- Kenntnis genommen. Bei der seinerzeitigen Antragsstellung an den Grossen Gemeinderat und aufgrund der damaligen Grundlagen für die Rückbaukosten, die beinhalteten Untersuchungen, Aushebung und Entsorgung des Materials, wurde mit 40% Bundesbeiträgen gerechnet. Dies ergab CHF 50'000.-, also 40% von CHF 126'000.-. Später wurde durch den Bund festgelegt, dass pro Scheibe ein Betrag für den Rückbau von CHF 8'000.- subventioniert würde. In welcher Höhe sich der Kanton an den Sanierungskosten beteiligen würde, war damals nicht bekannt. Die Sanierung von Altlasten richtet sich nach dem eidgenössischen Umweltschutzgesetz. Die dabei entstandenen Kosten sind nach dem Verursacherprinzip aufzuteilen. Im Kanton Bern sind dies, aufgrund des Abfallgesetzes, der Kanton und die Gemeinden. Bei den verbleibenden Kosten handelt es sich um Ausfallkosten, welche zwischen dem Kanton, mit einem Anteil von 80% und der Gemeinde mit einem Anteil von 20%, aufzuteilen sind. Das Amt für Wasser und Abfall des Kantons Bern hat als zuständige Amtsstelle im Nachgang zur Kreditabrechnung eine Ausgabenbewilligung in der Höhe von CHF 165'793.- für die Sanierung des Kugelfangs zu Gunsten der Gemeinde Worb verfügt. Die Kreditabrechnung präsentiert sich nun wie folgt: Der Kredit ist für CHF 256'100.- bewilligt worden. Die effektiven Kosten der Sanierung Kugelfang beliefen sich auf CHF 477'816.-. Der Bund beteiligte sich an den Kosten mit CHF

138'162.- und der Kanton mit CHF 165'793.-. Der totale Anteil der Gemeinde belief sich nun auf CHF 173'861.-. Somit resultieren nicht beanspruchte Mittel von CHF 82'238.-. Dies zum abgeschlossenen Geschäft Sanierung Schiessanlage Lehn.

Gemeinderat Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Der Begriff „Schulraumplanung“ begleitet mich, seit ich das Departement Bildung übernommen habe. Schulraumplanung ist keine exakte Wissenschaft. Die Schulen sind einem steten Wandel unterworfen. In den letzten Jahrzehnten ist die ganze Bildungslandschaft, vom Kindergarten bis zur universitären Ausbildung schier neu erfunden worden. Und dies nota bene alles im selben Zeitraum. In der Volksschule haben neue Fächer wie Informatik, aber auch die sogenannte Integration oder der individualisierte Unterricht den Schülerinnen und Schülern, Lehrpersonen und Eltern ganz neue Herausforderungen und Aufgaben gebracht. All dies wirkt sich auch auf die Schulraumplanung aus. Hinzu kommt, dass voraussichtlich im Jahr 2017 der neue Lehrplan 21 umgesetzt werden soll. Was das allenfalls für unsere Schulraumplanung bedeutet, wissen wir noch nicht. Die Situation in unserer Gemeinde ist nicht einfach. Oft erhalte ich den Eindruck, dass man mit der Worber Schulraumplanung die Worber Finanzen ins Lot bringen möchte. Ich bin mir bewusst, dass die Erhaltung der Aussenschulen sehr viel Geld verschlingt. Sie ersatzlos aufzuheben und die Gebäude allenfalls zu verkaufen, das wäre die einfachste und auf den ersten Blick gesehen die naheliegendste Lösung. Wenn da bloss nicht die Volksabstimmung von 2007 und die aktuelle Bevölkerungsbefragung ganz andere Resultate ergeben hätten. Die Zahlen und Fakten sind euch sicher bekannt. Ich bin der Auffassung, dass wir den deutlichen Willen der Bevölkerung ernst nehmen müssen. Nebst den Aussenschulen gibt es in unserer Gemeinde noch eine zweite Baustelle. Die Schule Rüfenacht platzt aus allen Nähten. Zwei Kindergartenklassen sind in einem Pavillon, in einem Providurium untergebracht. Seit Mitte März 2013 ist die Tagesschule im Kirchgemeindehaus eingemietet. Zugleich steht das Schulhaus im Worboden mehr als zur Hälfte leer. Gebaut für 400 Schülerinnen und Schüler gehen heute ungefähr 170 Kinder dort zur Schule. Kommt hinzu, dass das 40-jährige Gebäude zwingend saniert werden muss. Man rechnet mit Kosten um die 13 Mio. Franken. Aus diesem Grund haben wir beschlossen, die beiden Themen getrennt anzugehen. Die Aussenschule werden wohl letztlich über den Steuerfranken definiert werden. Beispielsweise, wenn die Worberinnen und Worber bereit sind, diese aufwändige Struktur, sicher verbunden mit einer Steuererhöhung, weiterhin zu finanzieren. Für uns heisst das, es gilt den effektiven Investitionswillen der Worber Bevölkerung zu ergründen. Anders sieht es bei der Zentralisierung der Oberstufen Rüfenacht und Worb aus. Dieses Projekt lässt sich unserer Meinung nach eher verwirklichen, obwohl mir sehr bewusst ist, dass auch hier die Rechnung nicht ohne den Wirt gemacht werden kann. Wir verfolgen aber dieses Projekt prioritär. Was ist bisher geschehen? Die Schulleitungen haben zehn Vorschläge zur Schulraumplanung ausgearbeitet. Dabei geht die Zentralisierung der Oberstufen Rüfenacht/Worb als klar beste Lösung hervor. Wir haben den Projektplan erstellt und eine Chancen-Risikoanalyse durchgeführt. Das Projektleitungsteam besteht aus den Schulleitungen aus Rüfenacht, Katharina Nyfeler und Oliver Rüesch, und Worboden, Urs Gerber und Margareta Hunziker, einem Mitglied der Bildungskommission, welches morgen Abend bestimmt werden wird, Christian Reusser und Monika Gfeller von der Verwaltung und mir. Den Zeitplan für dieses Projekt, werden wir am nächsten Freitag erstellen. Am 8. August 2013 informieren wir die Lehrpersonen vom Worboden und Rüfenacht über den Stand der Dinge. Es ist uns wichtig, dass sie positiv hinter diesem Projekt stehen können. Vorgesehen ist weiter der Einbezug des Elternrates von Rüfenacht. Zur gegebenen Zeit werden wir eine Bevölkerungsorientierung durchführen. Es muss uns aber allen klar sein, dass sich dieses Geschäft nicht einfach so, mir nichts dir nichts, realisieren lässt. Bevor die Zentralisierung der Oberstufen Geld einspart, muss investiert werden. Kindergartenklassen und die Tagesschule lassen sich nicht so ohne weiteres in ein Schulhaus integrieren. Wir werden deshalb ein Planungsbüro mit der Abklärung der Situation beauftra-

gen. Bevor das Geschäft ins Parlament kommt, müssen wir möglichst genau wissen, was das Projekt kostet und wie viel es letztlich einsparen wird. Ich werde euch hier künftig regelmässig über den Stand der Worber Schulraumplanung informieren.

Protokoll der Sitzung vom 18. März 2013: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 343	13.05.2013	2	2013/17-25	144	12/0/0

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt die Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Verwaltungsbericht 2012: Genehmigung, Abschreibung parlamentarischer Vorstösse

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 343	13.05.2013	3	2013/17-26	361	12/10/7

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

Messerli Gregor, ASK: Die Aufsichts- und die Geschäftsprüfungskommission haben anlässlich einer gemeinsamen Sitzung den Verwaltungsbericht des Jahres 2012 geprüft. Dieses Vorgehen der gemeinsamen Besprechung besteht seit einigen Jahren. Ich kann bereits sagen, dass wir bei der Beratung sehr rasch vorwärts gekommen sind. Wir haben keine Sachverhalte entdeckt, die eine Beanstandung oder eine vertiefte Prüfung nötig machen würden. Obwohl es nicht die Aufgabe der Aufsichtskommission ist, das Parlament mit statistischen Zahlen zu unterhalten, erlaube ich mir trotzdem, ein paar wichtige oder eher wenige wichtige Kennzahlen aus dem neuen 70-seitigen Bericht zu erwähnen. Der Bericht ist um drei Seiten umfangreicher geworden. Insgesamt wurden im Jahr 2012 30 parlamentarische Vorstösse eingereicht. Dies ist einer weniger als im Vorjahr. Die SP und die SVP waren bezüglich des Einreichens von Vorstössen die beiden aktivsten Fraktionen. Der Rückstand bei den unerledigten Vorstössen aus den Vorjahren ist um 10 auf 27 Vorstösse angewachsen. Der älteste Vorstoss ist knapp 12 Jahre alt. Dieser sollte aber bis ins Jahr 2014 endlich vom Tisch sein. Die meisten dieser unerledigten Vorstösse stammen übrigens von der FDP und der SP. Aus den Medien wissen sie, dass man Steuern illegal oder legal sparen kann. Den illegalen Weg schlage ich ihnen nicht vor, der legale Weg führt über ein formelles Gesuch um Erlass der Steuern. 56 solche Gesuche sind im Jahr 2012 auf der Gemeindeverwaltung eingegangen. Dies ist eine beachtliche Zahl, doch immerhin sind es 19 Gesuche weniger als im Vorjahr. 20 Gesuche wurden abgewiesen und bei der gleichen Anzahl von Gesuchen wurde ein Totalerlass gewährt. Die restlichen Gesuche liegen im Mittelfeld dieser Entscheide. Insgesamt wurden CHF 25'940.- an Steuern erlassen. Dieser Betrag dürfte wohl kaum zu vermeiden sein. Aber unter Berücksichtigung der Fi-

nanzsituation der Gemeinde sind das eigentlich CHF 25'940.- zu viel. Vermutlich haben sie, verehrte Damen und Herren, heute geduscht. Somit sollten sie wissen, dass wir pro Person und Tag 182 Liter Wasser verbrauchen. Das sind rund 4% mehr als im Vorjahr. Ob das eine saubere Sache ist oder nicht, überlasse ich der politisch ökologischen Beurteilung. Aber aus logistischer Sicht entspricht dies 15 Harassen mit je zwölf 1-Liter-Flaschen. Immerhin haben wir bei der Abfallmenge etwas gespart. Pro Einwohner/in verursachen wir 474kg Abfall im Jahr. Der Jahresdurchschnitt ist immerhin um 9kg gesunken. 98 Ehen wurden geschlossen bzw. Partnerschaften eingetragen. Dem gegenüber wurden 43 Ehen geschieden bzw. Partnerschaften wieder aufgelöst. Das entspricht einer Misserfolgsquote von rund 44%. Das ist mit Abstand die tiefste Quote seit dem Jahr 2009. Wir lieben uns also eher wieder etwas nachhaltiger als in früheren Jahren. Einen neuen Rekord haben wir auch bei den Geschwindigkeitskontrollen zu verzeichnen. Insgesamt wurden 19'470 Fahrzeuge kontrolliert. Das sind über 50% mehr als im Jahr 2009. Interessant ist, dass die Übertretungsquote in dieser Zeitspanne erfreulicherweise um 47% zurückgegangen ist. Die Aufsichts- und die Geschäftsprüfungskommission danken dem Gemeinderat und insbesondere auch der Verwaltung für die ausführliche, informative und teilweise auch unterhaltsame Berichterstattung. Wir empfehlen dem Grossen Gemeinderat den Verwaltungsbericht 2012 zu genehmigen.

Kapitelweise Beratung

Einwohnergemeinde

Keine Wortmeldungen.

Grosser Gemeinderat

Ramseier-Doevendans Anneke, SP: Die SP-Fraktion dankt allen Beteiligten, welche an diesem Verwaltungsbericht gearbeitet haben, ganz herzlich. Es ist eher ein Rechenschafts- als ein Verwaltungsbericht. Es fehlen weitgehend die analytischen Perspektiven bezüglich der strategischen Ziele des Gemeinderates. Der Bericht ist sehr detailliert, sollte aber auch als Führungsinstrument gegen innen und aussen gebraucht werden können. Nun komme ich zu den Vorstössen, welche abgeschrieben werden sollen. Das Postulat der Grüne-Fraktion „Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energiequellen“ darf nicht abgeschrieben werden. Das Postulat verlangt vom Gemeinderat eine Strategie, wie er Sparmassnahmen im Energiebereich optimieren kann. Bis jetzt liegt kein Energiestrategiebericht vor. Im Gegenteil: Auf Seite 45 unter Ziffer 3.2 werden zwar Massnahmen erwähnt, welche dazu dienen sollten, den Energieverbrauch zu senken, aber das Gegenteil ist in der Praxis der Fall. Unter Ziffer 3.3 ist zu sehen, dass der Energieverbrauch in den Schulhäusern und in der Gemeindeverwaltung 2012 wieder um ca. 8 % gestiegen ist und einen Höchststand erreicht hat, während er in den drei vorangehenden Jahren gesunken ist. Ein Vergleich bei dem Heizölverbrauch ist nicht möglich, obwohl der Departementsvorsteher die Lieferung dieser Zahl schon seit einigen Jahren versprochen hat. Aber wenigstens für das Jahr 2012 ist diese Zahl zum ersten Mal ersichtlich. Wegen dem ausgewiesenen gestiegenen Energiebedarf beantragt die SP-Fraktion, das Postulat der Grüne-Fraktion nicht abzuschreiben. Schon im Jahr 2012 wurde der Antrag auf Abschreiben dieses Postulats hier im Saal abgelehnt. Das Postulat „Gemeinderätliche Kommunikation“ ist ein Dauerbrenner. Heute Abend wurden wir vom Gemeinderat sehr ausführlich informiert. Es ist wichtig, dass die Bevölkerung genauestens informiert wird. Auch wenn in bestimmten Geschäften noch nichts oder wenig erreicht ist oder die Endlösung viel später als erwartet kommt. Hier denke ich an die Situation betreffend Dreiklang. Die SP-Fraktion beantragt deswegen, das Postulat nicht abzuschreiben. Als Letztes noch eine kleine Bemerkung: Die SP-Fraktion hat mit

Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat einen Kredit für Worb als Etappenort bei der Tour de Suisse genehmigt hat. Worb muss überall sparen, aber für so etwas Unnötiges sollte dann wieder Geld vorhanden sein, weil Worb dadurch sicher nicht eine Wertsteigerung als Touristenort erfährt.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Beim Postulat bezüglich der gemeinderätlichen Kommunikation kann ich nur das wiederholen, was bereits schriftlich erwähnt ist. Wir haben das Kommunikationskonzept überarbeitet und es wurde beschlossen, dass nicht ausschliesslich der Gemeindepräsident kommuniziert, sondern auch der zuständige Departementsvorsteher. Aus unserer Sicht ist dies eine richtige und wertvolle Massnahme. Es ist mir nicht klar, was zusätzlich noch unternommen werden müsste, ausser natürlich, dass die Kommunikation konsequent erfolgen muss. Dies ist aber eine bestehende Aufgabe. Dieser Aufgabe entzieht sich der Gemeinderat nicht, egal ob dieses Postulat aufrecht erhalten bleibt oder nicht. Betreffend der Tour de Suisse kann ich Folgendes sagen: Herr Loosli von der Tour de Suisse hat mich angefragt und der Gemeinderat hat in Aussicht gestellt, dass er einen Beitrag leistet. Ich habe es nicht so verstanden, dass dieser Beschluss bereits vollzogen ist.

Gemeinderat Hubacher Peter, Departementsvorsteher Umwelt: Ich möchte noch etwas zum Votum von Anneke Ramseier anmerken. Es ist uns ein Anliegen Energie zu fördern, aber nicht auf dieser Ebene. Wenn sie die Begründung genau lesen, heisst es, dass die Verfassung die falsche Ebene ist. In diesem Jahr werden wir die Energierichtplanung erstellen. In Worb gibt es die grössten Solaranlagen, auf welche wir stolz sein können, auch wenn diese von Privatunternehmen gebaut wurden. Worb ist aktiv in Sachen Energie, doch es soll nicht in der Verfassung Thema sein. Aus diesem Grund möchten wir den Vorstoss abschreiben. Der Energieaufwand in den Schulhäusern ist in jedem Jahr Thema. Vielleicht ist im nächsten Jahr die Energiebilanz, welche ausschlaggebend ist, ersichtlich. Es ist nicht möglich, Informatik einzusetzen, elektronische Steuerungen zu haben und keine Energie zu verbrauchen. Trotz Standby-Lösungen gibt es einen Energieaufwand. Im nächsten Jahr wird es wahrscheinlich beim Heizölverbrauch ersichtlich sein.

Gemeinderat

Keine Wortmeldungen.

Departement Präsidiales

Schwarzenbach Jürg, FDP: Die FDP-Fraktion möchte sich kurz zum Verwaltungsbericht äussern. Wir danken allen Menschen in der Gemeinde und in der Politik, die diesen ausführlichen Bericht geschrieben haben. Wer sich für die Gemeinde interessiert, bekommt ein ausgezeichnetes Nachschlagewerk. Dafür möchte ich allen ganz herzlich danken. Ich habe zwei bis drei Bemerkungen. Sehr erfreulich ist, dass die IT-Kosten in der Gemeinde gesunken sind. Dies ist nicht immer so auf dieser Welt. In der Gemeinde Worb sind diese Kosten in den letzten Jahren aber immerhin um 30% gesunken, somit können wir sagen, dass wir diese Kosten im Griff haben. Was ebenfalls erfreulich und zugleich erstaunlich ist, dass die Bevölkerung in Worb im letzten Jahr um 36 Menschen gestiegen ist. Dies sind immerhin 3 Menschen pro Monat und ist also gar nicht so schlecht. Diese Personen zahlen CHF 1'716.- Steuern. Mit keinem Fahrgast gab es ein Problem, dies ist ebenfalls auffallend. In den letzten sechs Jahren wurden drei Mal mehr Waffenerwerbsscheine ausgestellt, nämlich 60. Dagegen wurden 58% weniger Gerichtsurkunden ausgestellt. Es stellt sich nun die Frage, ob dies einen Zusammenhang hat oder nicht. Das mit den Verkehrskontrollen ist mir ebenfalls aufge-

fallen, aber dies werde ich nicht mehr erwähnen. Was sehr eindrücklich ist, dass es pro 150 Worker/innen einen Robidog hat. Wir werden diesen Bericht genehmigen.

Wälti Martin, SVP: Auch die SVP-Fraktion möchte diesen Verwaltungsbericht, welcher auch in diesem Jahr wieder sehr ausführlich ist, bestens verdanken. Gregor Messerli hat bereits erwähnt, dass der Bericht drei Seiten mehr enthält. Dies passt zum Thema Verdichtungen, welches wir mit den Bausubstanzen anstreben. Ich habe zur Seite 28 etwas zu bemerken. Dies betrifft den Personaldienst, Punkt 4, Absatz 7. Dort heisst es: „Polizeiabteilung, Zivilschutzstelle/ Feuerwehr/ Quartiermeister: 50% für Anlagenwartung und Quartiermeister wurden von der Bauabteilung übertragen. Diese Kapazitäten erwiesen sich als unzureichend, um die Aufgaben in der regionalen Zivilschutzorganisation wahrnehmen zu können. Der Gemeinderat bewilligte eine Kapazitätserhöhung um 50%.“ Nach unserer Meinung gibt es zwei Varianten. Entweder wurde dem vor ziemlich genau einem Jahr verstorbenen Rudolf Rohr eine Stelle von 150% zugemutet oder die zweite Variante ist, dass nun zusätzliche Arbeiten in diese Stelle integriert worden sind und die zusätzlichen 50 Stellenprozent somit gerechtfertigt sind. Aus dem Text geht nicht hervor, welche der beiden Varianten stimmt und aus diesem Grund hätten wir unsere Frage gerne beantwortet.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Es ist korrekt, dass es hier um die Stelle von Rudolf Rohr geht. Rudolf Rohr war zu 50% beim Werkhof angestellt und mit diesen 50% hat er sich vor allem um die ARA gekümmert. Mit den restlichen 50% seiner Stelle war er in der Zivilschutzanlage tätig. Es ist so, dass Rudolf Rohr nicht 100%, sondern deutlich mehr gearbeitet hat, das wissen wir alle. Er hat sich mit viel Herzblut um diese Zivilschutzanlage gekümmert. Nach seinem Tod hat man rasch bemerkt, dass diese 50% für die Aufgaben nicht ausreichen. Gleichzeitig wurden dieser Stelle noch zusätzliche Aufgaben hinzugefügt. So viel ich weiss, ist es die Stellvertretung des Zivilschutzkommandanten sowie weitere Aufgaben, die ich hier nicht im Detail nennen kann. Sicherlich sind es noch einige Prozent aus dem Feuerwehrbereich und somit wurde es eine Stelle mit 100%.

Departement Finanzen

Keine Wortmeldungen.

Departement Bau

Keine Wortmeldungen.

Departement Umwelt

Keine Wortmeldungen.

Departement Bildung

Keine Wortmeldungen.

Departement Soziales

Keine Wortmeldungen.

Departement Sicherheit

Keine Wortmeldungen.

Departement Planung

Keine Wortmeldungen.

Antrag und Beschluss

Keine Wortmeldungen.

Beschluss zum Antrag der SP-Fraktion, das Postulat der Grüne-Fraktion betreffend Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energiequellen nicht abzuschreiben:

Der Antrag wird mit 19 zu 18 Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss zum Antrag der SP-Fraktion, das Postulat der SP-Fraktion betreffend gemeinderätliche Kommunikation nicht abzuschreiben:

Der Antrag wird mit 27 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. f der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2012 wird genehmigt.
2. Mit den im Kapitel Grosser Gemeinderat, Ziff. 3.3, angegebenen Begründungen werden abgeschrieben:
 - Postulat der FDP-Fraktion vom 12. September 2011 betreffend Promotion des Wirtschaftsstandorts Worb
 - Postulat der Grüne-Fraktion vom 17. Oktober 2011 betreffend Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energiequellen
 - Postulat der SP-Fraktion vom 14. November 2011 betreffend attraktiver „Familienpass“ für den Wislepark
 - Postulat der SP-Fraktion vom 6. Februar 2012 betreffend Bevölkerungsbefragung
 - Postulat der SP-Fraktion vom 6. Februar 2012 betreffend gemeinderätliche Kommunikation
 - Postulat der SP-Fraktion vom 6. Februar 2012 betreffend regelmässige Begrüssung von Neuzuzüglern
 - Postulat der SVP-Fraktion vom 10. September 2012 betreffend kundenfreundliche Öffnungszeiten der Gemeindeverwaltung

- Postulat der SVP-Fraktion vom 15. Oktober 2012 betreffend Anpassung der Recycling-Sammelstellen / Angebot ergänzen.

Gemeinderechnung 2012, Rückstellung KESG-Massnahmen: Genehmigung, Nachkreditbewilligung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 343	13.05.2013	4	2013/17-27	697	21/20

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

Ramseier-Doevendans Anneke, ASK: Die Revisionsstelle T+R AG aus Gümligen hat am 23. November 2012 die unangemeldete Zwischenrevision und am 20. und 21. März 2013 die Prüfung der Jahresrechnung vorgenommen. Am 7. Mai 2013 hat die ASK zusammen mit der GPK von der Gemeinderechnung 2012 und vom Bestätigungsbericht vom Rechnungsprüfungsorgan Kenntnis genommen. Der Leiter der Finanzabteilung Fritz Jenzer hat mit einem übersichtlichen Handout ausführlich über die Gemeinderechnung informiert. Die Budgetdisziplin betreffend beeinflussbaren Ausgaben hat meistens sehr gut funktioniert. Die finanziellen Aussichten für Worb sind schlecht, dies ist uns allen bekannt. Die Gemeinde muss immer mehr Kosten selber tragen. Zwei kleine Beispiele: Im Jahr 2012 hat der Kanton noch die Ausgaben im Betrag von gut CHF 122'000.- für die Mahlzeiten und Transport der Spitex übernommen. Im Jahr 2013 muss die Gemeinde diesen Betrag übernehmen. Ab dem Jahr 2014 muss Worb ca. CHF 300'000.- mehr für Ergänzungsleistungen aufwenden. Wegen der unerwarteten Rückstellung für die KESG-Massnahmen von CHF 780'000.- schliesst die Rechnung mit einem Verlust von knapp CHF 900'000.- ab. Wäre diese Rückstellung nicht erfolgt, dann hätte die Rechnung um ca. CHF 220'000.- besser abgeschnitten als budgetiert. Und dies, obwohl für Sozialhilfe 1,18 Mio. Franken ausgegeben wurden als budgetiert waren. Nicht optimal ist, dass der Cashflow mit 2,6 Mio. Franken tief ist. Für die Finanzierung der Werterhaltung der Infrastrukturanlagen mit einem Wert von 250 Mio. Franken müsste der Cashflow 5 Mio. Franken betragen, um genügend zu sein. Die Kreditüberschreitungen, welche mit Nachtragskrediten vom Gemeinderat bewilligt werden mussten, sind etwa gleich hoch wie im Jahr 2011. Wie letztes Jahr schon erwähnt und wie auch die Revisionsstelle der Meinung ist, dass für diese absehbaren Kreditüberschreitungen im Voraus ein Nachkredit eingeholt werden muss. Die vielen anderen Details sind in der Botschaft ausführlich beschrieben und werden auch noch vom Departementsvorsteher nachher erklärt. Der Schlussbericht von der Schiessanlage Lehn ist sehr positiv, dies wurde bereits vom Gemeinderat erwähnt. Die ASK und GPK beantragen die vorliegende Rechnung zu genehmigen und danken Fritz Jenzer und seinen Mitarbeitern ganz herzlich für die gute Rechnungsführung und die detaillierte Botschaft.

Maccaferri-Iseli Barbara, GPK: Die Kosten aus der Lastenverteilung Sozialhilfe, die der Kanton den Gemeinden aus dem neuen Gesetz über den Kindes- und Erwachsenenschutz auferlegt, fallen im Jahr 2013 für die Jahre 2012 und 2013 zusammen. Diese Massnahmen sind aus übergeordnetem Recht entstanden und sind im Voranschlag 2012 nicht enthalten. Der Kanton hat die Möglichkeit geschaffen, diese Doppelbelastung im 2013 zu vermindern und im 2012 eine Rückstellung von

max. CHF 70.- pro Einwohner zu bilden. Dies entspricht CHF 780'000.-. Es ist somit konsequent, die anfallenden Kosten für das Jahr 2012 auch periodengerecht zu belasten und die Rückstellung in Form eines Nachkredits zu beantragen. Die GPK beantragt dem Grossen Gemeinderat, den Nachkredit für die Rückstellung des Betrages von CHF 780'000.- für die periodengerechte Belastung der Kosten für den Kindes- und Erwachsenenschutz im 2012 zu genehmigen.

Gemeinderat Lädach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Wie schon Jürg Schwarzenbach vor einigen Jahren sagte: „Politik ist, wenn alles schon gesagt ist, aber noch nicht von jedem.“ Und in diesem Sinne werde ich auch nochmals auf die Rechnung 2012 eingehen. Die Rechnung schliesst mit einem Fehlbetrag von CHF 895'000.- ab und ist somit rund CHF 550'000.- schlechter als budgetiert. In diesem Betrag ist die Rückstellung der Kosten für die KESG-Massnahmen von CHF 780'000.- enthalten. Diese waren im Budget nicht vorgesehen. Über diese müssen wir noch beschliessen. Es wurden ausserdem CHF 350'000.- Rückstellungen aus Steuerrückerstattungen aus den Jahren 2009 und 2010 aufgelöst. Ich sehe es etwas anders als meine Vorrednerin. Für mich ist das keine gute Rechnung und man kann sie auch nicht mit einem blauen Auge beurteilen. Es gibt noch zwei Posten, die man auch erwähnen müsste. Ernüchternd ist sicher, dass in Worb wie auch in den Nachbargemeinden, den Abschluss von Steuererträgen von natürlichen Personen beklagt wird. Dieser Rückgang der Steuererträge setzt sich zum fünften Mal in Folge fort. Es ist einerseits Teil der Steuergesetzrevision, andererseits auch Folge der Abwanderung von guten Steuerzahlern. Bei den beeinflussbaren Kosten kann eine gute Budgetdisziplin festgestellt werden, es gibt keine grossen Ausreisser. Bei den beeinflussbaren Kosten wurden grössere Abweichungen verbucht. Im ganzen Bereich der Sozialhilfe wurde im Rahmen dieser neuen Rechnungslegung, als Folge der differenzierten Sozialhilfeabrechnung, neu kontiert. Das heisst, die Schwierigkeit der Rechnung 2012 ist, dass wir durch eine neue Budgetierung bzw. Kontierung die Rechnung 2012 mit dem Vorjahr kaum vergleichen können. Als Folge haben wir sehr grosse Budgetabweichungen mit echten sowie unechten Budgetüberschreitungen. Erst mit der Rechnung 2013 wird dies wieder besser werden, da man die Rechnung 2013 mit der Rechnung 2012 vergleichen kann und die Kosten wieder auf den gleichen Konten sind. Am meisten Sorgen bereitet uns der ungenügende Cashflow von 2,63 Mio. Franken. Mit diesem Ertrag können wir die geplanten Investitionen nicht bezahlen. Für mich, als Verantwortlicher der Finanzen, ist die Rechnung 2012 ein schlechtes Resultat. Gerne möchte ich einige Zahlen präsentieren (Folienauflage. Die Protokollführerin). Sie sehen den Vergleich des Voranschlags mit der Rechnung. In der Zeile Ergebnis sehen Sie diese minus CHF 895'000.- zum Vergleich zu den CHF 343'000.-. Dies ergibt eine Abweichung von CHF 550'000.- zum Voranschlag. Die Selbstfinanzierung in der Höhe von 2,63 Mio. Franken ist der Cashflow. Dieser war mit 3,3 Mio. Franken budgetiert. Also bereits beim Cashflow ergibt die Rechnung ca. CHF 700'000.- weniger als budgetiert. Wenn wir das Verwaltungsvermögen bewerten und eine durchschnittliche Abschreibungsdauer hinzufügen, sollten wir ca. 5 Mio. Franken haben. Bereits beim Voranschlag wussten wir, dass dies knapp zu erreichen ist. Nun sind wir lediglich bei der Hälfte des Cashflows, von dem, was wir benötigen würden, um die konstante Finanzierung der Infrastruktur sicher zustellen. Betreffend den Investitionen wurden nur ca. 7 Mio. Franken statt wie geplant 10,7 Mio. Franken investiert. Die Differenz liegt vor allem in den Grossprojekten, die einen gewissen Verzug haben. Es sind also nicht direkte Einsparungen, sondern diese Investitionen erfolgen später. In Folge der neuen Bildungsfinanzierung sind die Schulgelder der anderen Gemeinden höher. Wir zahlen mehr für die Schüler, die ein Gymnasium besuchen oder für beispielsweise Schülerinnen und Schüler von Ried, die in der Nachbargemeinde zur Schule gehen. Die Abschreibungen sind kleiner als budgetiert, was jedoch eine Folge der tieferen Investitionen ist. Wenn wir weniger investieren, sind die Harmonisierten Abschreibungen tiefer. Dies entlastet zwar die Rechnung, ist aber nicht positiv. Man wollte eigentlich alles investieren. Wenn man dies getan hätte, würde die Rechnung noch viel

schlimmer aussehen. In den Sozialhilfeaufwendungen sind nun die bereits erwähnten, grossen Differenzen ersichtlich. Die Mehrkosten betragen CHF 972'000.-. Im Voranschlag waren dies CHF 780'000.- KESG-Massnahmen. Bei der Fürsorge und dem Gemeindebeitrag der Ergänzungsleistungen generiert sich eine halbe Million mehr als zum Voranschlag. Das sind die teilweise gesellschaftlichen Trends. Weg von der IV, hin zu der öffentlichen Hand. Die IV versucht Risiken abzuwälzen und dies fliesst dann zur Gemeinde. Die Mehrkosten der Ergänzungsleistungen sind teilweise auch eine Folge des steigenden Alters. Die BVG-Beiträge reichen immer weniger aus. Dann wird die Gemeinde via Ergänzungsleistungen gebeten, diese Lücke zu schliessen. Bei diesem Betrag muss man leider davon ausgehen, dass er künftig immer noch weiter steigen wird. Auf der Ertragsseite sehen wir positiv den Buchgewinn beim Verkauf der Liegenschaft Richigenstrasse. Es gibt CHF 125'000.- mehr Zinsen auf das Verwaltungsvermögen. Die Gemeinde hat hier ein Darlehen an das Sportzentrum Wislepark gewährt und im Budget den Zinsertrag nicht berücksichtigt. Dieses Darlehen wird verzinst. Der Finanzausgleich sieht mit CHF 100'000.- im Plus gut aus. Eigentlich ist es aber eine schlechte Nachricht. Da die Gemeinde finanziell schwächer wurde, profitiert sie im Finanzausgleich. Ein Minus hätte bedeutet, dass Worb finanziell stärker geworden ist. Jetzt entlastet es zwar die Rechnung, ist aber ein schlechtes Zeichen. Die Tagesschule ist mit dem Mehrertrag von CHF 190'000.- nicht im Plus, sondern auch dort wurde die Verrechnung geändert. Die Verantwortlichkeit wurde von der Fürsorge- in die Gesundheitsdirektion gewechselt. Die Zahlung für das Jahr 2011 ist erst im Jahr 2012 eingetroffen. Diese CHF 190'000.- sind in der Rechnung 2012 enthalten, sollten aber korrekterweise in der Rechnung 2011 sein. Dies ist auch wieder ein Punkt, der die effektive Rechnung 2012 noch schlechter machen würde. Bei den Mehrkosten der Sozialhilfe haben wir, wie schon erwähnt, viele Unter- und Überschreitungen. Es ist schwierig abzuschätzen, was uns die Sozialhilfe im Moment mehr kostet. Wichtig sind die 1,178 Mio. Franken, welche uns die Sozialhilfeausgaben mehr gekostet haben. In dieser Summe sind die CHF 780'000.- Rückstellungen der KESG-Massnahmen enthalten. Wenn man diese wegnehmen würde, gäbe es netto Zusatzkosten Sozialhilfe für Worb von CHF 400'000.-. Wo kommen unsere Einnahmen her? Die Abweichung der Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen beträgt 1,27 Mio. Franken. Dies ergibt einen Steuerrückgang von insgesamt 5.7%. Dies ist doch enorm und tut weh. Glücklicherweise konnte man diesen Rückgang durch Steuerteilung, Quellensteuer und diese Aufstellung der Rückstellungen wettmachen. Mit einer Differenz von nur CHF 13'355.- zum Budget sieht die Steuerrechnung in Summe gut aus. Es muss berücksichtigt werden, dass diese CHF 350'000.- Rückstellungen einmalig sind. Die Steuerteilung der juristischen Personen bei einem Betrag von CHF 829'000.- schaut zwar positiv aus, aber auf der anderen Seite gibt es eben diesen Rückgang der Steuereinnahmen der natürlichen Personen. In der Steuerrechnung sind wir in diesem Jahr mit einem blauen Auge davongekommen. Diese Zeichen sollten wir sehr ernst nehmen. Die knapp 7 Mio. Franken von den budgetierten 10,8 Mio. Franken bei den Investitionen können wie folgt aufgezeigt werden: Die grossen Beträge sind mehrheitlich Tiefbauarbeiten im Zusammenhang mit dem ganzen Hochwasserschutz, Leitungssanierung und -erneuerung, die im Zuge des neuen Umfahrungsprojektes realisiert wurden. Die 1 Mio. Franken für den Unterhalt Gemeindestrassen und Belagsarbeiten sind dem Projekt Vielbringen zugeordnet. Die Differenz zum Voranschlag entstand vor allem aus dem Rückstand bei den Grossprojekten. Zu den Spezialfinanzierungen kann man zusammengefasst sagen, dass die Abfallentsorgung positiv ist und durch einige Optimierungen konnte dort die Abrechnung positiv abschliessen. Bei der Wasserversorgung haben wir ein negatives Resultat. Die Gebühren wurden im Jahr 2011 erhöht. Dies wurde mit einem Minusbetrag budgetiert und wird auch negativ in der Rechnung abgeschlossen. Es wurden zu tiefe Gebühren bei der Abwasserversorgung verlangt. Wegen der Schliessung der Kartonfabrik Deisswil wurde dies als sehr dramatisch beurteilt. Es hat sich gezeigt, dass die entsprechende Korrektur bei den Gebühren genügend war. Es konnte sogar der Fehlbetrag des Vorjahres mit den zu hohen Gebühren der Ab-

wasserentsorgung und den zu tiefen Gebühren der Wasserversorgung ausgleichen. Bei den Finanzkennzahlen gibt es drei Zahlen, die wichtig sind. Den Selbstfinanzierungsgrad, Selbstfinanzierungsanteil und Zinsbelastungsanteil. Der Selbstfinanzierungsgrad sollte bei 100% sein. Wir sind aber bei 40%. Indirekt heisst das, dass wir uns höher verschulden müssen, wenn es mit den Finanzen so weitergeht. Sie finden die Definitionen dieser Kennzahlen auf der drittletzten Seite im Bericht. Die wichtigste Kennzahl ist der Selbstfinanzierungsanteil mit 5.64%. Das Ziel des Selbstfinanzierungsanteiles liegt bei 10%. Wir sind also bei 56% von demjenigen was wir erreichen sollten. Die Zielsetzung vom Selbstfinanzierungsanteil lag bei 6%. Im Rahmen von OPTA wurde beschlossen, gewisse Aufwände beim Unterhalt zu aktivieren. Das wurde umgesetzt und entlastet die Rechnung auf der einen Seite. Auf der anderen Seite muss dann der Selbstfinanzierungsanteil höher sein, da wir die Kosten nicht buchhalterisch wegrechnen können und dann immer noch mit den gleichen Erträgen oder Ziele rechnen können. Der Zinsbelastungsanteil ist immer noch unter 0%. Das ist eine Folge der aktuellen Zinssituation und wir hoffen, dass dies möglichst lange so bleibt. Zum Controlling sind die entsprechenden Informationen im Bericht. Die Differenz vom Voranschlag zur Rechnung des Recy beträgt CHF 72'000.-. Das ist derjenige Betrag, der den Kanton für die zusätzlichen Stellen zahlt. Das Recy schliesst ausgeglichen ab. Die Feuerwehr konnte sogar ihren Produktpreis deutlich unterschreiten, obwohl zwei Grosseinsätze im Berichtsjahr stattfanden. Die Gemeindefinanzrechnung weist einen Verlust von CHF 900'000.- aus. Was heisst das nun? Ich möchte auf die Artengliederung der Gemeindefinanzrechnung verweisen. Dieser Verlust wird mit dem Eigenkapital verrechnet. Das Eigenkapital beträgt 8,216 Mio. Franken, welches nach der Verrechnung des Verlustes auf 7,321 Mio. Franken sinkt. Wie können wir diese Zahl beurteilen und was sagt sie aus? Der Kanton schreibt vor bzw. empfiehlt ein Eigenkapital in der Höhe von drei bis vier Steueranlagezehntel. In Worb beträgt dies etwa 1,45 Mio. Franken, das heisst, das Eigenkapital in Worb müsste immer über 6 Mio. Franken sein. Wir weisen somit noch eine Differenz von etwa 1,3 Mio. Franken aus. Wenn sie sich an den Voranschlag 2013 erinnern, der mit 1,15 Mio. Franken minus bei unveränderter Steueranlage steht, müssen wir Ende 2013 oder spätestens in einem Jahr sehr nahe bei diesen 6 Mio. Franken stehen. Die Rechnung 2012 ist eigentlich keine grosse Überraschung. Die bekannten Probleme haben sich akzentuiert. Die finanzielle Situation in Worb ist stark angespannt. Der Spar- und Druck bleibt unvermindert hoch. Worb kann sich die aktuellen und kommenden grossen Investitionsprojekte eigentlich nicht leisten und muss sich verschulden. Aus eigenen Mitteln können wir uns das nicht leisten. Das heisst sicher, dass der Druck, neue Investitionen zu tätigen, ohne sie kritisch zu hinterfragen, ob sie wirklich nötig und wirtschaftlich sind sowie langfristig eine positive Wirkung auf Worb haben und dazu beitragen die Attraktivität der Gemeinde zu steigern, so hoch ist, dass sie eigentlich abgelehnt werden müssten. Ich denke da an die Begrünung der Dächer der Schulanlage. Worb beklagt den Rückgang der Steuererträge. Da ist akuter Handlungsbedarf. Wir sehen hier klar die Folge der abgelehnten Ortsplanung. Interessenten finden keinen Wohnort, wir haben kein Angebot. Wir müssen alles Mögliche unternehmen. Die möglichen Bemühungen der Politik und der Gemeinde, im Rahmen von Teilortsplanungen müssen wir möglichst vollständig unterstützen, damit gewisse minimale Wachstumsimpulse rasch stattfinden können. Unbefriedigend sind auch die Steigerungen bei den unbeeinflussbaren Kosten, durch die Zentralisierung bzw. Professionalisierung des Kantons, wo wir einfach die Kosten tragen müssen, aber im Gegenzug unser Aufwand in der Gemeinde nicht in dem Masse reduzieren können. Das sind vor allem die Kosten im Sozialbereich, die auch nicht zuletzt eine Folge der Demokratie ist. Da sind unsere Hände gebunden, wir haben keinen Handlungsspielraum. Das Fazit ist, Worb muss klar rigoros sparen oder die Steuern erhöhen. Aufgabe des Gemeinderates wird es sein, bis zum Voranschlag 2014 weitere Massnahmen aufzuzeigen. Das Postulat der FDP stösst bei mir offene Türen ein. Der Handlungsspielraum bei den beeinflussbaren Kosten ist allgemein gering. Man darf sich nicht vorstellen, dass man da grössere sechsstelligen Beträge einsparen kann. Das Geld in der Gemeinde Worb wird nicht verschleudert.

Man muss über Verzichtplanung diskutieren können, auch wenn dies politisch sehr heikel ist. Wie schon Christoph Moser gesagt hat, rein ökonomisch ist das grösste Sparpotenzial in der guten, aber teuren Schulstruktur. Das heisst, der Druck auf die Schulraumfrage ist sehr hoch, diese Frage muss gestellt werden. Lösungen sind zu diskutieren, die Beschlüsse mit den zugehörigen Konsequenzen sind zu tragen. Wenn wir bis zum Voranschlag 2014 Szenarien aufzeigen sollen, dann müssen wir zu dem Zeitpunkt wissen, was mit den Schulen passiert. Ansonsten rechnen wir eine Variante von vielen möglichen Varianten, und dies bringt nichts. Ich wäre sehr froh, wenn solch wichtige Entscheidung möglichst rasch gefällt werden könnten. Ich wäre somit am Schluss der Jahrespräsentation der Rechnung 2012. Zu der Notwendigkeit der Nachkreditbewilligung für die KESG-Massnahme gehe ich nicht weiter ein. Da hat Barbara Maccaferri eigentlich schon alles gesagt. Ausblickend erwähne ich, dass wir davon ausgehen, dass im Jahr 2013 diese ca. CHF 780'000.- auch noch fällig sind. Wir rechnen in den nächsten Monaten bzw. im nächsten Monat mit dem Eintreffen der Rechnung von den Jahren 2012 und 2013. Dann wissen wir, ob das, was wir zurückgestellt haben ausreicht oder wir weniger benötigen. Ab dem Jahr 2014 sollte sich dieser Betrag entlasten. Man rechnet damit, dass die Kosten nicht mehr CHF 780'000.- pro Jahr, sondern nur noch die Hälfte sein werden.

Emch Ulrich, FDP: Einmal mehr möchten wir dem Gemeinderat und besonders Markus Lädach, aber auch Fritz Jenzer und seinem ganzen Team ganz herzlich für diese Aufarbeitung und die saubere Darstellung der Rechnung 2012 danken. Aus unserer Sicht gibt es nicht mehr viel zu sagen. Wir sprechen hier von vergangenen Freuden und vergangenen Leiden. Das Resultat überrascht uns nicht. Es hat sich im Voranschlag, aber auch während des Jahres abgezeichnet. Wenn man bedenkt, dass die Folge des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzgesetzes auch hier bereits berücksichtigt wurde, müssen wir sagen, dass dies erwartet wurde. Was sicher schlimm ist, ist wie die Steuererträge, vor allem von den natürlichen Personen gesunken sind. Es gibt zu bedenken, dass diese 1,3 Mio. Franken, die wir nun einzig in einem Jahr zu wenig haben, ein Steuerzehntel ausmacht, der weggewandert ist. Dagegen müssen wir etwas unternehmen. Nun möchte ich einen Ausblick nach vorne machen. Wir wissen alle, mit sparen allein bringen wir die Sanierung, die zwingend notwendig ist, nicht zustande. Wir wissen auch, dass der Weg zum Ziel mehrere Jahre dauert. Doch müssen wir wissen, in welchen Schritten wir wohin wollen. Sparen dürfen wir nicht vergessen. Wenn man bedenkt, was der Gemeindepräsident uns heute aufgezeigt hatte, wie man bezüglich Dorfschulhausplatz, die neue Nutzung studieren möchte, dann müssen wir uns fragen, ob dies zurzeit wichtig und notwendig ist. So viel ich weiss, wurde für diese Studie CHF 60'000.- bewilligt. Geht es unter das Wünschbare oder Dringliche? Oder müsste man auch da diskutieren, ob dies nun wirklich nötig ist? Was nützt uns eine schöne Studie, die wir nicht umsetzen können, weil das Geld nicht vorhanden ist. Die Finanzen sind für die Bevölkerung ein grosses Problem. Deswegen müssen wir Sorge tragen und vielleicht ist in solchen Projekten ein Überdenken des Zeitplanes nichts Schlechtes. Vergessen sollte man das Projekt nicht, aber den Zeitplan überdenken. Der grosse Sparbrocken liegt in unseren Strukturen. Dort müssen wir beginnen. Wir müssen diese Möglichkeiten, die wir haben, um die Strukturen zu bereinigen, sauber aufzeigen. Die positiven wie auch die negativen Konsequenzen sollen wir aufzeigen und bei der Bevölkerung das Interesse und vor allem das Verständnis wecken. Nur so können wir diese Aufgabe lösen. Wir müssen an unseren Strukturen arbeiten, allen voran die Schulraumplanung steht im Zentrum. Wir müssen diesen Wohnraum wieder auf ein Niveau führen, damit uns die Einwohner nicht davonlaufen. Attraktiv ist die Gemeinde schon einigermaßen. Die Menschen fühlen sich wohl in Worb. Aber wir müssen unsere Ortsplanung weiterbringen. Hier sollte man sich fragen, ist es überhaupt in Ordnung, eine Ortsplanung aufzusetzen? Oder müssen wir sagen, es ist überhaupt nicht möglich? Eine Steuererhöhung könnte auch diskutiert werden. Doch dies hat einen grossen Nachteil. Wenn die Steuererhöhung eingeführt wird, ist der Druck weg. Der

Zwang, etwas zu ändern, wäre nicht mehr da. Vor einer solchen Situation müssen wir Respekt haben und versuchen auszuweichen. Wir müssen diesen Druck auf erhalten, ansonsten werden wir nie weiterkommen. Darum denken wir im Moment nicht an eine Steuererhöhung. Wenn wir heute eine Steuererhöhung durchführen, würde es vielleicht für die ersten zwei Jahre reichen, danach würde bereits die nächste Steuererhöhung nötig sein. Es würde zu diesem Zeitpunkt nicht mehr reichen, wenn wir dann Schritt um Schritt weitere gute Steuerzahler verlieren würden. Deswegen sind wir froh, dass unser Postulat als dringlich erklärt worden ist. Wir sind gespannt, was der Gemeinderat daraus erarbeiten wird. Im Namen von uns allen sind wir gerne bereit und es ist auch unsere Aufgabe mitzuhelfen, um dieses Geschäft zu beenden.

Läderach Christof, BDP: Die BDP-Fraktion ist über die Rechnung 2012, obschon sie wie erwartet ausgefallen ist, nicht erfreut. Wir alle sind für die Zukunft gefordert und müssen zugunsten der Rechnung gemeinsam in der Öffentlichkeit auftreten und Lösungen anbieten. Schön gesagt, ist aber eine riesengrosse Aufgabe. Zu den von uns beeinflussbaren Fakten, übrigens maximal 10% der gesamten Rechnung, müssen wir dem Stimmbürger vermehrt entschlossen aufzeigen, dass man vieles erhalten, neu anschaffen oder erstellen kann, aber alles hat seinen Preis. Polemik machen, dass dem Bürger eventuell Entscheide, über die er sich an der Urne klar geäussert hat, über den Haufen geworfen werden, bringen Niemandem etwas, dürfen aber kein Tabuthema sein. Auch viel Bewährtes muss hinterfragt, überprüft und überdenkt werden. Vermehrt sollten die finanziellen Aspekte, eventuell sogar mit Steuererhöhungen in den Botschaften für oder gegen etwas ganz schwer gewichtet werden. Steuererhöhungen, wenn man am Horizont Land sieht, erachten wir als sinnvoll, müssen aber zeitlich beschränkt bleiben, damit der Standort Worb nicht geschwächt wird. Sehr wichtig ist das gemeinsame Unterstützen einer solchen Massnahme, damit die vorstehenden Aufgaben bewältigt werden können, ohne ein finanzielles Fiasko zu hinterlassen. Bedenkt man zudem, dass viele Faktoren sehr schwer zum Einschätzen sind und die Prognosen wie zum Teil bereits heute Abend gehört, schlecht sind, sehen wir das als sinnvoll an. Eine unserer Aufgaben ist es, ein Worb zu erhalten und zu gestalten, das sich auch längerfristig zahlen lässt, das sind wir unseren Kindern, Grosskindern, aber auch uns schuldig. Die BDP-Fraktion empfiehlt die Rechnung zu genehmigen.

Fröhlich Viktor, SP: Einmal mehr können wir Fritz Jenzer, Jonathan Gimmel, Markus Läderach und allen beteiligten Personen für ihre letzt- und diesjährige Arbeit danken. Wieder liegt eine saubere und transparente Gemeinderechnung vor. Das Ergebnis löst keine Freude aus, war aber zum Teil voraussehbar. Die Steuergesetzrevisionen von 2009 und 2011 sind immer noch spürbar. Hinzugekommen sind Ertragseinbussen infolge Wegzugs zahlungskräftiger Steuerzahler, grössere Belastungen beim kantonalen Lastenausgleich und die Kosten des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzgesetzes. Wenig Freude macht zudem die Zunahme der Nettoverschuldung, wobei diese, bei den aktuellen Geldpreisen, noch zu verschmerzen wäre. Dramatischer ist da schon der tiefe Wert des Cashflows. Die spontane finanzielle Handlungsfähigkeit der Gemeinde ist so praktisch nicht mehr gewährleistet. Die SP hat in den früheren Jahren an dieser Stelle, bei Vorlage positiver Rechnungen, jeweils vor Steuerbegehrlichkeiten gewarnt. Heute stehen wir hier und wehren uns gegen den Gedanken an eine Steuererhöhung. Nach Meinung der SP müssen zuerst die politischen Hausaufgaben erledigt werden. Die in der Finanzkommission inzwischen institutionalisierte Überprüfung der OPTA-Massnahmen kann unser Problem nicht lösen. Matchentscheidend sind die Ortsplanungsrevision und die Schulraumplanung. Da gilt es anzusetzen. Die SP-Fraktion wird die Gemeinderechnung 2012 gemäss Antrags des Gemeinderates genehmigen. Den Antrag des Gemeinderates bezüglich der Bildung einer Rückstellung zulasten der Laufenden Rechnung 2012 für die Massnahmen des KESG in der Höhe von CHF 780'000.- werden wir unterstützen.

Jost-Pfister Catarina, GLP: Ich möchte mich nicht im Detail über die Rechnung 2012 äussern. Mir ist aufgefallen, dass der Kanton die Gemeinde mit dem Verschieben der Finanzen ziemlich belastet. Dies zeigt uns der Nachkredit von CHF 780'000.- von den KESG-Massnahmen. Was die Zukunft uns bringen wird, wissen wir nicht. Es wird sicher einiges auf uns zukommen und da braucht es gesunde Gemeindefinanzen. Gesunde Gemeindefinanzen erreichen wir nur, in dem wir nicht nur kurzfristige Sparmassnahmen vornehmen. Dies scheint uns aber auf den ersten Blick sehr lukrativ und die einfachste Lösung. Um längerfristig das Schiff in Balance zu halten, kommen wir nicht um eine Steuererhöhung und Wohnraumschaffung herum. Die Steuererträge gingen zurück, das haben wir gesehen. Markus Lädach hat uns den Prozentsatz vor Augen geführt. Es ist alarmierend und wir wissen auch nicht, wie es bei den Steuern weitergeht. Sinkt es weiter, dann könnte man fast sagen, es wird dramatisch. Eine gezielte Sanierung mit langfristig griffigen Massnahmen ist nötig. Die Ertragslage muss verbessert werden. Nicht zuletzt, und jetzt komme ich wieder auf den Anfang zurück, um eventuelle weitere Finanzbegehren des Kantons abzufedern, nebst natürlich allen anderen Ausgaben, die wieder auf uns zukommen oder die neu auf uns zukommen werden. Die GLP-Fraktion genehmigt die Jahresrechnung und verdankt die Verfassung denselben.

Cetin Mayk, EVP: Auch die EVP dankt dem Departement Finanzen für das Erstellen und Kommentieren der Rechnung 2012. Ich will an dieser Stelle nicht nochmals wiederholen, was bereits mehrmals gesagt wurde. Aber die EVP stellt aus dem negativen Rechnungsergebnis fest, dass Worb in erster Linie ein Einnahmenproblem und weniger ein Ausgabenproblem hat, welches gelöst werden muss. Denn auf der Seite der Ausgaben arbeitet unsere Gemeinde, im Vergleich zu anderen Gemeinden, sehr effizient, wie wir auch aus der Gemeinderechnung entnehmen können. Die EVP stimmt der Gemeinderechnung und der Nachkreditbewilligung zu.

Wermuth Bruno, SVP: Auch die SVP dankt Fritz Jenzer, seinem Team, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dem Gemeinderat für die einerseits Vorstellung der Rechnung 2012 und andererseits für die Präsentationen in den Fraktionen, in der aufgezeigt worden ist, wo die Probleme liegen und wie es überhaupt zu diesem Ergebnis gekommen ist. Vielen Dank. Die SVP hat festgestellt, dass nicht alles rosig aussieht in der Gemeinde. Dennoch ist die SVP über die Rechnung 2012 nicht überrascht. Es wurde erläutert, wie dieses Resultat zustande kam. Wir haben gehört, dass wir maximal 10% der gesamten Kosten der Gemeinde selber beeinflussen können. Bei einem Umsatz von 50 Mio. Franken betragen die 10% 5 Mio. Franken. Aus diesem Betrag könnte einiges gemacht werden. Wir müssen uns bewusst sein, dass jeder Entscheid, den wir im Parlament treffen, Auswirkungen auf den Finanzhaushalt hat. Ich möchte noch die Entwicklung der Sozialkosten ansprechen. Diese steigen in jedem Jahr. Mit dem Kindes- und Erwachsenenschutzgesetz sind Kosten von über 1,1 Mio. Franken auf uns zugekommen. Ob dies tatsächlich die effektiven Kosten sind oder ob sich diese noch halbieren, werden wir sehen. In der Schweiz beträgt die Arbeitslosenquote 3%. Wie wären diese Kosten zu finanzieren, wenn es eine Arbeitslosenquote von 10% gäbe? Können wir uns eine solch hohe Sozialleistung überhaupt noch leisten? Da müssten wir wohl rasch umdenken. Die SVP stimmt dem Antrag des Gemeinderates zur Rechnung 2012 mit einem Defizit von CHF 894'000.- sowie den Rückstellungen der KESG-Beiträge zu.

Kapitelweise Beratung

Suter Harry, EVP: Heute Abend haben wir viel über die teuren dezentrale Schulinfrastrukturen und Sparmassnahmen gehört. Damit habe ich kein Problem. Was mich etwas stört, ist die Position 378 (Schulgebäude Aussenbezirke) und die Zukunft dieser Position. Da lese ich als erstes, Gemeinschaftsraum Ried mit CHF 325'000.-. Zweite Position ist der Gemeinschaftsraum Wattenwil mit

CHF 210'000.-. Für die beiden Räume wurde mehr Geld verbraucht als für die Schnulanlage Enggistein und Richigen. Ob das politisch klug ist, dass diese Räume unter Schulgebäude Aussenbezirke geführt sind, bezweifle ich. Weiter sind die Kosten vom Hauswart, Heizung und Wasser unter dieser Position aufgeführt. Gerne wüsste ich, wie diese Position in Zukunft aussehen wird. Allenfalls stehen da in Zukunft nur noch die Kosten für vier Gemeinschaftsräume. Würden die Räume unter Schulgebäude Aussenbezirke aufgeführt oder wird der Titel dieser Position geändert? Christoph Moser hat gesagt, wie die Schulraumplanung aussieht und wie dies dem Volk erläutert wird. Da frage ich dich, Christoph, bist du Herr dieser Gemeinschaftsräume? Es entstehen zwei Diskussionspunkte. Erstens was wird aus diesen Anlagen und zweitens wo werden diese aufgeführt? Zweitens bleiben diese im Departement Schulen oder sind diese plötzlich unter dem Gemeindehaus aufgeführt?

Gemeinderat Lädach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Wenn ich in Ried vorbei jogge und diesen Gemeinschaftsraum sehe, ist er immer leer. Da stimmen für mich die Kosten und der Ertrag nicht. Dies hat aber nicht direkt mit der Schule zu tun. Es wurde in der Rechnung unter dieser Position aufgeführt und wir werden dies auch so belassen, bis wir das neue Rechnungslegungsmodell HRM 2 eingeführt haben. Diese Räume gehören den Aussenorten und wurden diesen zur Verfügung gestellt. Was ich noch erwähnen möchte ist, dass dieser Raum in Ried gemietet werden kann. Leider ist es nicht sehr gut ersichtlich bzw. kommuniziert worden, dass dieser Raum gemietet werden kann. Wenn wir schon bezahlen, wäre es toll, wenn er auch genutzt würde.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. d der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Für die Bildung einer Rückstellung für die Massnahmen des Kindes- und Erwachsenenschutzes wird zulasten der Laufenden Rechnung 2012 ein Nachkredit von CHF 780'000.00 bewilligt.
2. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. a der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Die Jahresrechnung 2012, die bei einem Aufwand von CHF 50'930'695.07 und einem Ertrag von CHF 50'036'048.06 einen Aufwandüberschuss von CHF 894'646.61 aufweist, wird genehmigt.

2. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

(Ratspräsidentin Kühn-Blank Christa gibt einen Sitzungsunterbruch bekannt. Dieser dauert von 21.30 bis 21.40 Uhr. Die Protokollführerin.)

Wasserversorgung; Leitungersatz im Siedlungsweg in Rüfenacht und Erstellung eines Messschachtes: Kreditbewilligung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 343	13.05.2013	5	2013/17-28	656	33/42

Eintreten:

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Hirsbrunner Bruno, GPK: Damit wir rasch vorwärts kommen, halte ich mein Votum kurz. Die GPK hat dieses Geschäft geprüft. Die Aufarbeitung wurde zweckmässig und den Normen entsprechend durchgeführt. Die Vorunterlagen waren vollständig und zweckmässig. Die GPK beantragt eine Genehmigung des vorliegenden Geschäfts.

Gemeinderat Hubacher Peter, Departementsvorsteher Umwelt: Nach den Voten des Departementsvorstehers Finanzen und den GGR-Mitgliedern war es für mich nicht einfach, nach so viel Geld zu verlangen. Trotzdem möchte ich sie hier im Rat überzeugen, dass es eine gute und sinnvolle Investition ist. Für mich ist sie sogar verpflichtend, damit wir nicht plötzlich in eine unvorhergesehene, teure und gezwungene Investition geraten. In den nächsten Minuten möchte ich euch davon überzeugen. In den Unterlagen war ersichtlich, dass wir eine relativ zentrale Wasserversorgung haben. Diese ist rund 61 km lang. D.h. wenn wir sie auf 80 Jahre herunterrechnen, müssten wir pro Jahr 750 Meter ersetzen. Den neuen Ratsmitgliedern fällt es vielleicht einfacher auf das Geschäft einzutreten, wenn ich erkläre, dass die Wasser- sowie die Abwasserentsorgung sogenannte Spezialfinanzierungen sind. Sie werden durch kostendeckende Gebühren erneuert und unterhalten. Dies verlangt das übergeordnete Gesetz. Zudem verlangt dieses Gesetz auch, dass Rückstellungen gemacht werden. Beim Abwasser sind die Bestände gegenwertig bei 6.5 Mio. Franken und beim Wasser bei 6 Mio. Franken. Im Finanzplan werden deshalb die Abschnitte, welche erneuert und saniert werden müssen, nach finanziellen Möglich- und Dringlichkeiten aufgelistet. Der Gemeinderat hat deshalb im letzten Herbst zur Realisierung des vorliegenden Geschäfts am Siedlungsweg in Rüfenacht einen Kredit gesprochen. Nun zum Projekt: In den Unterlagen ist ersichtlich, dass der Gemeinderat die Absicht hat, die Abwasserleitung in dieser Strasse im Inline-Verfahren zu erneuern und den Strassenbelag zu sanieren. Die beiden Projekte sind aber in der Finanzkompetenz des Gemeinderates und sind deshalb bereits bewilligt. Für die Sanierung der Abwasserleitung hat er einen Kredit von CHF 135'000.- bewilligt, für die Sanierung der Strasse samt Strassenentwässerung einen Kredit von CHF 148'000.-. Die beiden Geschäfte können im Einladungsverfahren vergeben werden. Da die Kosten für die Wasserversorgung mit CHF 473'000.- aber deutlich höher sind, fallen sie in die Finanzkompetenz des Grossen Gemeinderates und werden im öffentlichen Verfahren vergeben. Das Projekt

sieht den Ersatz der Graugussleitung und den Einbau eines Messschachtes im Bereich der Lindenstrasse vor. Bis heute haben wir vier Messkreise (Folienaufgabe. Die Protokollführerin). Dies sind Enggiststein, Worb, Richigen und Rüfenacht/Vielbringen. Den einzigen Messschacht des grossen Gebiets von Rüfenacht/Vielbringen ist in der Bächumatt. Das abzudeckende Gebiet ist riesig. Wenn dort Wasserlecks bestehen, ist eine Abdeckung fast unmöglich. Nun hätten wir die Gelegenheit einen neuen Messschacht im Bereich der Lindenstrasse zu installieren. So könnten die beiden Gebiete idealerweise getrennt werden. Es gäbe fünf Messzonen, welche ungefähr gleich gross wären. So können Lecks viel besser eruiert werden. Nach Ansicht des Gemeinderates macht dies ökologisch und ökonomisch Sinn und verbessert vor allem auch die Betriebssicherheit. Leitungsbrüche und Lecks könnten so viel besser und schneller geortet und grössere Wasserverluste vermieden werden. Im letzten Jahr gab es einen solchen Wasserverlust. Das Leck wird gefunden, aber das Wasser fliesst noch zwei Monate raus, weil mit dem Besitzer noch über Bäume, Mauern und Ähnliches diskutiert werden muss. Die Folgekosten dieser Investition belaufen sich jährlich auf ca. CHF 25'000.-. Die Kosten generieren sich aus jährlich CHF 9'000.- für Abschreibungen und Zinsen von jährlich CHF 16'000.-. Im Namen des Gemeinderates beantrage ich, für den Leitungsersatz der Wasserversorgung am Siedlungsweg in Rüfenacht den Verpflichtungskredit von CHF 473'000.- zu genehmigen.

Le Fort Werthmüller Geneviève, SP: Die Wasserleitung im Siedlungsweg in Rüfenacht wird alt, schon 80 Jahre alt. Sie geht langsam aber sicher kaputt. Schon drei Rohrbrüche haben sich ereignet. Wenn nichts gemacht wird, wird sich dies wiederholen. Die Sanierung ist dringend nötig. Wenn man schon die Leitung ersetzt, macht es Sinn, die übrigen Infrastrukturen ebenfalls zu sanieren. Hier sprechen wir von Abwasserleitung, Strassenbelag und Strassenentwässerung, die wesentliche Mängel aufweisen. Was für Mängel wissen wir nicht, aber diese Arbeiten sind aus unserer Sicht trotzdem notwendig. Wir hoffen, dass die Anbieter der Stromversorgung und die Swisscom ebenfalls ins Projekt miteinbezogen wurden. Dadurch könnten sich weitere finanzielle und organisatorische Synergien, z.B. in einer finanziellen Beteiligung, nutzen lassen. Um den Werterhalt und die Funktionstüchtigkeit unserer Infrastruktur langfristig sichern zu können, sind jährliche Investitionen von rund 5 Mio. Franken notwendig. In Zeiten angespannter Gemeindefinanzen muss man sich auf das Notwendige beschränken und auf das Wünschbare verzichten. Dies führt uns zu einem weiteren Projektteil, dem geplanten Messschacht. Von den Investitionskosten von CHF 473'000.- entfallen CHF 82'000.- auf den Messschacht. Wir sehen die Vorteile der Verkleinerung der Messzone, die Frage ist jedoch, ob dies in der momentanen finanziellen Situation solch grosse Investitionen rechtfertigt. In der Botschaft vermissen wir eine Gegenüberstellung der Chancen und Risiken, wenn der Messschacht nicht oder erst später realisiert würde. Was sind die verschiedenen Szenarien und ihre finanziellen Auswirkungen? Bevor wir uns entscheiden, möchte die SP-Fraktion Antworten auf diese Fragen.

Stöckli Rolf, EVP: Besten Dank der Bauabteilung für die ausführlichen Informationen zum Geschäft Leitungsersatz Siedlungsweg in Rüfenacht. Ich als Mitglied der Infrastrukturkommission und der EVP kann der vorliegenden Kreditbewilligung voll und ganz zustimmen. Die EVP unterstützt es sehr, wenn die Wasserleitungen ersetzt werden, sobald Rohrbrüche auftreten. Es ist für uns auch sinnvoll, wenn der Strassenbelag und die Abwasserleitung gleichzeitig erneuert werden. Zudem ist das Erstellen des Messschachtes zu empfehlen, so dass eventuelle Lecks besser eruiert werden können. Wir von der EVP stimmen der vorgelegten Kreditbewilligung zu.

Hirsbrunner Bruno, SVP: Die Leitungen wurden im Jahr 1933 verlegt und sind somit uralt. Mit den Rohrbrüchen von den letzten Jahren ergibt es keinen Sinn, den Ersatz noch weiter hinauszuzögern.

Somit können die 80'000 Kubikmeter Wasser, welche im Verwaltungsbericht aufgeführt worden sind, im nächsten Jahr hoffentlich gesenkt werden. Dies ist pro km und Minute 2.5 Liter Wasser, welches verloren gegangen ist. Dies ist eine beachtliche Menge. Es macht Sinn, eine weitere Messzone zu erstellen, und mit relativ geringen Investitionen kann schlussendlich viel Arbeit bei der Suche der Lecks gespart werden. Den Plan mit den Messzonen wäre eine ideale Ergänzung der Geschäftsunterlagen gewesen. Die SVP stimmt dem Kredit zu.

Gemeinderat Hubacher Peter, Departementsvorsteher Umwelt: Ich kann noch weitere Informationen mit der Foliensammlung abgeben. Synergien mit der BKW oder ähnlichen Partnern, werden in solchen Projekten immer genutzt. Wenn der Messschacht mit diesem Projekt realisiert werden kann, ist es die günstigste Variante. Günstiger als zu diesem Zeitpunkt wird es nicht mehr, da der Strassenbelag sowieso erneuert wird (Foliensammlung. Die Protokollführerin). Es wird einen Materialplatz geben, damit das Material nicht dauernd hin und her geführt werden muss und die Bevölkerung so unnötig mit Lärm belastet wird. Der Messschacht ist auf der Folie ebenfalls ersichtlich. Die Risiken sind schwer abzuschätzen, aber solche Risikofaktoren bestehen bei jedem Geschäft. Ich habe daran gedacht, die Pläne bereits mit den Unterlagen zu verschicken, aber dann hätte ich nun keine Folien mehr zeigen können.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. b der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Für den Leitungsersatz der Wasserversorgung Siedlungsweg in Rüfenacht wird ein Verpflichtungskredit von CHF 473'000.00 bewilligt; betroffen ist das Konto 355.501.50 der Investitionsrechnung.
2. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Gehalt-, Spesen- und Arbeitszeitregelung sowie Handhabung der Nebenämter des Gemeindepräsidenten

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 343	13.05.2013	6	2013/17-29	740	12/20/0

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Die rechtliche Grundlage für den Lohn des Gemeindepräsidenten ist Artikel 36, Abs. 1 des Behörden- und Personalreglements. Der GGR hat dieses Reglement am 21. Juni 2010 erlassen. Gemäss dem gültigen Personalreglement entspricht der gegenwärtige Lohn des Gemeindepräsidenten der Gehaltsstufe 56, in der

Gehaltsklasse 27, der kantonalen Gehaltsklassentabelle. Das aktuelle Bruttogehalt 2013 beträgt gemäss dieser Tabelle CHF 180'387.35. Gemäss Artikel 40, Abs. 2, Buchstabe a des Behörden- und Personalreglements betragen die Pauschalspesen CHF 5'000.-. Gemäss Artikel 38, Abs. 5 des Behörden- und Personalreglements haben der Gemeindepräsident sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung Anspruch auf ein Sitzungsgeld für Abendsitzungen ab 19.00 Uhr und ein Sitzungsgeld für die Beanspruchung an Wochenenden oder gesetzlichen Feiertage. Im Jahr 2012 beliefen sich die für den Gemeindepräsidenten ausbezahlten Sitzungsgelder auf CHF 365.-. Ich habe keine weiteren Entschädigungen erhalten. Die Kommissionspräsidien werden nicht besonders abgegolten. Betreffend den zusätzlichen Einkommen, der Verwaltungsratspräsident des Wislepark, der Gemeinderat hat hier keine Vereinbarung abgeschlossen. Die Entschädigung von CHF 2'000.- verbleibt beim Verwaltungsratspräsident. Beim Grossratsmandat hat der Gemeinderat mit mir am 29. Juni 2009 eine Vereinbarung abgeschlossen und gemäss dieser Vereinbarung gebe ich, im Gegensatz zu meinem Vorgänger, die Hälfte der Entschädigung, die ich als Grossrat vom Kanton Bern erhalte, an die Gemeinde ab. Betreffend dem Präsidium der Kommission Wirtschaft in der Regionalkonferenz Bern-Mittelland hat die Gemeinde keine Vereinbarung abgeschlossen. Die Entschädigung von CHF 6'000.- verbleibt bei mir. Die zeitliche Beanspruchung des Grossratsmandats beträgt rund 45 Arbeitstage. Der Gemeinderat hat mir in seiner Vereinbarung für die Ausübung des Amtes einen bezahlten Urlaub gewährt. Ich erledige meine Aufgaben aber am Morgen oder am späteren Nachmittag und Abend neben den Grossratssitzungen. Tagsüber bin ich zudem jederzeit per Telefon und Mail erreichbar. Der Gemeinderat hat dabei die klare Auffassung geäussert, dass die Gemeinde ein allgemeines Interesse daran hat, das der Gemeindepräsident dieses Amt ausübt. Die Bemerkung, dass ein Grossratsmandat primär persönlichen Zwecken dienen soll, weise ich im Namen aller Leute, die im Kantonsparlament ihre Zeit und ihre Kraft für den Kanton Bern einsetzen, in aller Form zurück. Es sind keine weiteren Einkommen erzielt worden als die, die in den vorangehenden Fragen aufgeführt wurden. Berater wurden keine beigezogen, die die Aufgaben von mir als Präsident wahrgenommen haben. Es ist Sache des kreditkompetenten Organs zu entscheiden, für welche Aufgaben die Gemeinde Sachverständige beizieht. Ich selber verfüge als Gemeindepräsident über keine finanziellen Mittel, um in eigener Kompetenz Sachverständige beizuziehen. Die Gemeinde hat in den letzten vier Jahren für eine zweitägige Weiterbildungsveranstaltung Kosten im Betrag von CHF 1'490.- übernommen. Die Veranstaltung richtete sich an Verwaltungsräte. Die Sportzentrum Worb AG hat die andere Hälfte der Kosten übernommen.

Hirsbrunner Bruno, SVP: Die Frage Nummer acht ist zu 80 Prozent unbeantwortet.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Diese Frage wurde von mir voll und ganz beantwortet.

Interpellation der FDP-, SP- und SVP-Fraktionen betreffend Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 343	13.05.2013	7	2013/17-30	797	12/10/5

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Zur Frage 1: Der Gemeinderat strebt eine Bevölkerungsentwicklung für Worb an, die im Gleichklang mit der Region steht.

Die Regionalkonferenz Bern-Mittelland geht in ihren Planungen davon aus, dass die Bevölkerung in der Region Bern-Mittelland bis ins Jahr 2030 um rund sechs Prozent wachsen wird. Das bedeutet, dass die Worber Bevölkerung innerhalb von rund 16 Jahren um rund 700 Personen oder pro Jahr um rund 44 Personen zunimmt. Der Gemeinderat plant bei der Erarbeitung der Gesamtrevision der Ortsplanung, wie ich schon unter Mitteilungen erwähnt habe, drei öffentliche Foren. Im Rahmen dieser Foren wird detailliert geprüft werden, welche Entwicklung für die Gemeinde Worb mittels innerer Verdichtung und mit Umzonungen oder Aufzonungen bestehender Bauzonen möglich ist und welche Flächen allenfalls neu eingezont werden müssen. In diesen Foren soll auch das Verständnis in der Bevölkerung für die Tatsache geweckt werden, dass allein für das Halten der Bevölkerung eine beträchtliche Zahl neuer Wohnungen oder Häuser realisiert werden muss. Zur Frage 2: Der Gemeinderat plant, in erster Priorität die Sekundarstufe I zu zentralisieren. Dies bringt bereits eine wichtige finanzielle Entlastung. Eine Schliessung aller Aussenschulen kommt für ihn aufgrund der Umfrageergebnisse vorerst nicht in Frage. Massgebend bleibt für ihn das bestehende Bildungsreglement, das von mindestens 15 Schülerinnen und Schülern im Einzugsgebiet der einzelnen Schulhäuser ausgeht. Wird diese Zahl mittelfristig konstant unterschritten, kann der Gemeinderat die entsprechende Klasse schliessen. Wenn eine Steuererhöhung unumgänglich wird, so wird der Gemeinderat die Gründe dafür klar darlegen. Dabei wird er auch ausweisen, welche Kosten die Führung der Klassen in den Aussenorten zur Folge haben. Es wird sich anschliessend zeigen, ob die Stimmberechtigten bereit sind, dafür höhere Steuern zu zahlen. Zur Frage 3: Der Gemeinderat hat für sich drei Zielsetzungen formuliert, um seine Akzeptanz zu verbessern: Die Politik des Gemeinderates wird als nachvollziehbar, zielorientiert und bürgernah beurteilt. Der Gemeinderat agiert als verlässliche Kollegialbehörde. Gemäss dem Motto „Tue Gutes und sprich darüber“ will er Einblick in seine Arbeit geben. Zur Frage 4: Der Gemeinderat hat sich zum Ziel gesetzt, eine gemeinsame Identität „Worb“ zu schaffen. Dabei stellt die Integration von Rüfenacht eine spezielle Herausforderung dar. Bezüglich des Sonnenareals nimmt der Gemeinderat folgende Haltung ein: Die Gemeinde Worb hat ein öffentliches Interesse daran, dass in Rüfenacht das Ortsbild aufgewertet wird, dass zusätzliche öffentliche Räume und Plätze geschaffen werden und dass sich die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs verbessert. Für die Realisierung dieser öffentlichen Interessen ist das Sonnenareal sehr gut geeignet. Das Sonnenareal in Rüfenacht befindet sich in Besitz der Ramseier + Stucki Architekten AG. Aus diesem Grund findet zwischen der Ramseier + Stucki Architekten AG und dem Gemeinderat ein regelmässiger Gedankenaustausch statt. Am Sonnenareal besteht wie erwähnt ein grosses öffentliches Interesse; entsprechend spricht sich der Gemeinderat mit der Ramseier + Stucki Architekten AG darüber ab, wie der Einbezug der Öffentlichkeit (Nachbarn, Kirchgemeinde, Dorfgemeinschaft Rüfenacht) zu planen und umzusetzen ist. Dem Gemeinderat ist es wichtig, dass in die Planungsarbeiten auch die angrenzende gemeindeeigene Liegenschaft Alte Bernstrasse 23 miteinbezogen wird. Er hat dieses Anliegen bei der Ramseier + Stucki Architekten AG ausdrücklich deponiert. Damit die öffentlichen Interessen abgedeckt werden können, ist der Gemeinderat bereit, die geltenden ZPP-Vorschriften im Zonenplan zu überprüfen und im Rahmen eines ordentlichen Planerlassverfahrens allenfalls abzuändern. Die Suche von Privatpersonen, Organisationen und Dienstleistern ist Sache der Ramseier + Stucki Architekten AG. Die Gemeinde leistet wenn gewünscht Unterstützung, indem sie der Ramseier + Stucki Architekten AG Adressen möglicher Organisationen oder Dienstleister zur Verfügung stellt oder indem sie bei Bedarf an Besprechungen und Sitzungen die Haltung der Gemeinde zum Projekt erläutert. Soweit die Antworten auf diese Fragen. Nun noch eine Bemerkung, welche sich der Gemeinderat zum Titel und der Einleitung erlaubt. Mit Befremden nimmt der Gemeinderat zur Kenntnis, dass ihm im vorliegenden Vorstoss unterstellt wird, die wichtigsten Erkenntnisse der Bevölkerungsbefragung zu verschweigen. Dem Gemeinderat war es von Anfang an ein Anliegen, offen und transparent über die Ergebnisse der Befragung zu informieren. Zu diesem Zweck hat er eine Medienmitteilung verfasst, in der

er anfang März wichtige Erkenntnisse bekannt gab und darauf hinwies, dass am 29. April 2013 eine öffentliche Präsentation der Ergebnisse stattfindet. Die Mitglieder des Parlaments und die Parteipräsidenten hat er an einer besonderen Veranstaltung in Rüfenacht ausführlich über die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung informiert, und zwar bereits bevor die Medienmitteilung verschickt worden ist. Der detaillierte Auswertungsbericht konnte bereits im Vorfeld der öffentlichen Präsentation auf Gesuch hin eingesehen werden und der Bericht ist seit dem 30. April 2013 auf der kommunalen Website aufgeschaltet. Von einem Verschweigen der Ergebnisse kann deshalb keine Rede sein. Der Gemeinderat weist diese Unterstellung in aller Form zurück.

Kämpfer Erwin, FDP: Die FDP verlangt für die Stellungnahme eine Diskussion, weil wir mit dieser Antwort nicht befriedigt sind. Wir beantragen bei der Präsidentin, dem Rat die Diskussion zu beantragen.

Beschluss zum Antrag der FDP-Fraktion auf eine Diskussion:

Der Antrag wird mit 18 zu 17 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Zimmermann Lukas, EVP: Ich wünsche bzw. beantrage einen Sitzungsunterbruch.

Beschluss zum Ordnungsantrag auf Sitzungsunterbruch:

Der Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Diskussion:

Kämpfer Erwin, FDP: „Man fühlt sich heimisch in Worb.“ Unter diesem Titel präsentierte der Gemeinderat die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung. Die grossen Spannungsfelder, welche die Befragung hervorgebracht hat, hat der Gemeinderat damals verschwiegen. Das hat die drei Parteien zu der dringlich erklärten Interpellation veranlasst. Die heutige Stellungnahme des Gemeinderats zeigt, dass die eingereichte Interpellation ihre volle Berechtigung hat und dass die öffentliche Diskussion wichtig ist. Die FDP verlangt die Diskussion. Die FDP ist der Ansicht, dass die Öffentlichkeit den Anspruch hat, umfassend informiert zu werden. Denn mit dem, was bisher kommuniziert wurde, und auch mit vorliegender Stellungnahme können wir uns nicht zufrieden geben. Im Gegenteil, es werden noch mehr Verunsicherungen und Unklarheiten aufgebaut und es ist noch unklarer, welche Erkenntnisse aus dieser Bevölkerungsbefragung gezogen und welche Zielsetzungen daraus formuliert werden. Gehen wir zurück: Die Bevölkerungsbefragung wurde initiiert durch das Departement Bildung am 8. Mai 2012. Zu lesen ist dies im Verwaltungsbericht auf Seite 51. Das Ziel der Befragung ist, durch spezifische Fragen zur Schulraumplanung, Bildungspolitik und der neu aufzubauenden Ortsplanung, Erkenntnisse zu erhalten. Wir erinnern hier an den Titel der Medienmitteilung. Die Bevölkerungsbefragung hat viel Geld gekostet. Es wurden Resultate aufgelistet, aber leider keine nachhaltigen Erkenntnisse aufgedeckt. Unser Anliegen ist es, nicht um den heissen Brei herum zu diskutieren, sondern den Mut haben, die Erkenntnisse aus der Befragung auszusprechen und die Zusammenhänge und Widersprüche zu thematisieren. Wir denken da zum Beispiel an die Entwicklung unserer Finanzen. Die Bevölkerung will möglichst wenig ändern, sorgt sich aber um die Finanzen. Wir sind der Auffassung, dass hier Erklärungs- und Handlungsbedarf besteht. Wir sind der Auffassung, dass der Gemeinderat unbedingt die Zusammenhänge zwischen dem massiven Rückgang der Steuerzahlenden, dem Steuersatz und der Notwendigkeit von Einzonungen zur Stabilisierung der Steuereinnahmen aufzeigen müsste. Wir sind der Meinung, dass eine Entwicklung mit

Zahlen hinterlegt werden muss. Zahlen, die sich auf Worb beziehen und nicht dem Trend der Regionalkonferenz folgen. Die kühnen Ziele über die wirtschaftliche Entwicklung werfen Fragen auf: Wo werden die 44 zusätzlichen Personen pro Jahr angesiedelt? Wo werden die 50 neuen Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen? Wie will sich Worb in der Region wirtschaftlich positionieren? Solche Aussagen müssten klaren Zielsetzungsprozessen und Erfolgspotential aufweisen. Nur so ist das Ganze glaubwürdig. Es reicht nicht, von der Schaffung guter Voraussetzungen für den Wirtschaftsstandort Worb zu sprechen. Es braucht ein Massnahmenkonzept für die Erreichung dieser Ziele. Es ist uns bewusst, dass es nicht gelingen wird, alle Fragen auf einmal zu beantworten. Wir erwarten aber vom Gemeinderat ein entschlossenes Handeln und Führen und dass er sich getraut, die heissen Eisen, die die Bevölkerungsbefragung hervorgebracht haben, anzusprechen. Damit die Entwicklung der Gemeinde Worb nicht wieder durch partikuläre Interessen blockiert wird, ist eine volle Aufklärung der Bevölkerung notwendig. Die Bevölkerungsbefragung ist ein gutes Instrument, um die notwendigen Diskussionen auszulösen. Jetzt müssten die entsprechenden Erkenntnisse in zukunftsweisende Entscheide geführt werden. Viel Zeit bleibt nicht mehr. Der finanzielle Druck wird immer grösser. „Tue Gutes und sprich darüber“, sagt der Gemeinderat über sich selber. Wir fragen uns: Was tut er genau? Wann spricht er über das, was er tut?

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Ich bin gerade ein bisschen verwirrt, dass innerhalb des Gemeinderates nun schon Widersprüche in Sachen Schulraumplanung bestehen. Markus Läderach hat dazu aufgerufen, dass die Diskussionen am Anfang stehen. Niklaus Gfeller sagt zum gleichen Zeitpunkt, dass wir nicht über die Schliessung der Aussenschulen diskutieren. Mich irritiert das sehr. Es ist eine Frage der Kommunikation, wie sich die Gemeinderäte äussern. Uns und auch anderen Leuten ist schon lange bewusst, zudem wurde es mehrmals publiziert, dass die Gemeinde unter anderem bei Schliessung der Aussenschulen ein grosses Sparpotential erreichen könnte. Dies ist in der heutigen Finanzsituation der Gemeinde sicher dringend zu prüfen. Darum begrüssen wir es sehr, dass Christoph Moser aufzeigen will, wie er in Sachen Schulraumplanung gedenkt, vorwärts zu gehen. Wir sind froh, dass er ein handfestes Konzept erarbeiten will, das die nächsten Schritte klar definiert. Wir möchten aber auch wissen, welche mini- und maximalen Sparmöglichkeiten betreffend Klassenschliessungen/Klassengrössen/Lehrerbesoldungen/Unterhalt der Gebäude und allenfalls ein Verkauf der Gebäude erreicht werden könnten. Wir wollen zudem wissen, wann dieses Konzept dem GGR vorgelegt wird. Wann und wie weit wird die Bevölkerung informiert respektive aufgeklärt? Die SP-Fraktion kann heute bereits sagen, so lange nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind, dass in allen Bereichen Einsparungen erzielt werden und an den heutigen Strukturen nichts geändert wird, wird sie eine allfällige Erhöhung der Steuern nicht unterstützen. Erst wenn die Strukturen überprüft sind und die Stimmbürger über die Sachlage klar und deutlich orientiert und aufgeklärt wurden, kann er beurteilen, ob er für den Erhalt der Aussenschulen bereit ist, eine Steuererhöhung in Kauf zu nehmen oder nicht. Angesichts der heutigen Finanzlage ist für uns der Zeitpunkt gekommen, an dem gehandelt werden muss.

Wermuth Bruno, SVP: An den Reaktionen im Parlament ist anzumerken, dass eine dringliche Interpellation notwendig und richtig ist. Gewisse Konfrontation, Unverständnis, Erstaunen sind ersichtlich. Es ist wichtig, dass dies hier im Parlament diskutiert werden kann. Der Gemeinderat ist gefordert, als Einheit zu kommunizieren. Sandra hat es bereits erwähnt, dass unterschiedliche Aussagen gemacht wurden. Ich verstehe nicht, wenn die Diskussion verlangt wird, dass es keine Diskussion geben soll. Die Bevölkerungsbefragung ist eminent wichtig und muss diskutiert werden. Mich hat vor allem die Interpretation dieser Befragung gestört. Der Gemeindepräsident hat gewisse Schritte unternommen und so muss es weitergehen. Die Diskussion ist wichtig und deshalb verstehe ich auch den Antrag auf den Sitzungsunterbruch nicht.

Jost-Pfister Catarina, GLP: Ich und mein Mann hatten das Glück diese Befragung auszufüllen. Etliche Leute in der Verwandtschaft kamen ebenfalls davon in den Genuss. Weshalb es uns getroffen hat, weiss ich nicht. Dies war Zufall. Ich tat mich sehr schwer mit dieser Aufgabe. Ich habe mich eingelesen, besonders im Bereich der Bildung, welcher mich von meiner früheren Tätigkeit sehr interessiert. Zum Teil konnte ich es nicht fassen, was gefragt wurde und war damit gar nicht einverstanden. Für mich als frühere Schulleiterin und Lehrperson hatten diese Fragen weder Hände noch Füsse. Ich möchte hier nicht auf die einzelnen Fragen eingehen. Was ich aber noch bemerken möchte ist, dass es absolut vermessen ist, wenn man vom Gemeinderat innert Kürze ein fixfertiges Programm verlangt, wie es weitergehen soll. Ich bin der Meinung, dass wir dies anpacken müssen, doch wenn etwas Seriöses daraus entstehen soll, dann braucht dies Zeit. Nicht Jahre, aber es benötigt Zeit. Ich habe mich sehr darüber geärgert, dass der Gemeinderat innerhalb von Wochen ein fixfertiges Programm auf die Beine stellen soll. Nebenbei sei noch bemerkt, dass bei dieser Umfrage 600 Personen teilgenommen haben. Die Gemeinde besteht wohl doch aus einigen Einwohnerinnen und Einwohnern mehr. Ich begrüsse ein solches Stimmungsbarometer, es muss aber ganz klar definiert werden, was mit diesen Aussagen gemacht wird. Ich plädiere dafür, dass wir das wirklich überlegen und keinen unnötigen Druck aufsetzen. Mein Anliegen ist es, ohne Druck und ohne endlose Zeit eine gute Lösung zu finden.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Es ist mir enorm wichtig zu betonen, dass dem Gemeinderat unterstellt wird, dass er die Wahrheit vorenthalten würde. Dies trifft nicht zu. Seit dem 30. April 2013 ist der detaillierte Bericht auf der Gemeindeforumseite aufgeschaltet. Jede Person kann dort nachlesen, was die Bevölkerungsbefragung ergeben hat. Noch zu den Zielen, die der Gemeinderat aufgrund der Bevölkerungsbefragung formuliert hat. Es sind grobe Ziele in einer hohen Flughöhe. Diese Ziele müssen mit Massnahmen ausgestaltet werden. Die Schritte zur Erfüllung dieser Ziele müssen ersichtlich sein. Diese Ziele werden wir wie üblich im Rahmen der Gemeindeentwicklung im September 2013 dem Parlament vorstellen.

Einfache Anfrage der FDP-Fraktion betreffend Volksmotion "Genügend Sportplätze für alle!"

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 343	13.05.2013	8	2013/17-31	798	32/4/2

Gemeinderat Hauser Ernst, Departementsvorsteher Bau: Mit dieser einfachen Anfrage wird der Gemeinderat ersucht, über den aktuellen Bearbeitungsstand des Volksbegehrens Auskunft zu erteilen. Der Mangel an Norm-Rasen-Spielfeldern, d.h. meisterschaftstaugliche Fussballfelder in der Gemeinde Worb, ist seit der Erstellung des Sportanlagenkonzepts im Jahr 2007 bekannt. Den Vorschlag, das Problem mit dem Bau eines Kunstrasenspielfeldes zu beheben, haben die Worber Stimmberechtigten am 13. Juni 2010 verworfen. Der Mangel besteht nach wie vor. Gegenüber dem Jahr 2010 hat sich die Situation insofern verändert, als nun die Möglichkeit des Baus eines zusätzlichen Naturrasenspielfeldes im Worboden nicht mehr besteht. Die Burgergemeinde Bern ist nicht mehr bereit, ihr Land dafür zur Verfügung zu stellen. Von Seiten der Fussballvereine ging im Januar 2012 ein Gesuch ein, das Rasenspielfeld im Worboden im Baurecht zu erwerben und dort ein Kunstrasenspielfeld zu erstellen. Die Gemeinde sollte sich einmalig mit rund CHF 600'000.- Fran-

ken und wiederkehrend mit CHF 55'000.- an diesem Projekt beteiligen. Dieser Vorschlag wurde von der Gemeinde aber verworfen. Bei der Bestimmung der finanziellen Zuständigkeit muss man die wiederkehrenden Beiträge über die verlangte Zeit von 18 Jahren kapitalisieren und zur einmaligen Investition hinzurechnen. Das ergibt rund 1,6 Mio. Franken. Damit würde das Geschäft wiederum wie schon im Jahr 2010 dem fakultativen Referendum unterstehen. Die Gemeinde und die Fussballclubs vereinbarten daher, nochmals eine Analyse der Ist-Situation vorzunehmen und anschliessend das Gespräch mit den damaligen Gegnern des Kunstrasenspielfeldes zu suchen. Die Analyse und die Lösungsmöglichkeiten wurden im Sommer diesen Personen vorgestellt. Dort zeigte man zwar Verständnis für die Situation, aber kaum Bereitschaft, sich für die vorgeschlagene Lösung einzusetzen. Das Vorhaben wurde mit dem Einverständnis der Fussballclubs in der Folge vertagt. Der nasskalte Frühling 2013 hat das Bedürfnis nach einem Kunstrasenspielfeld oder einem zusätzlichen Naturrasenspielfeld nochmals klar vor Augen geführt. Trotzdem sprechen sich die meisten Parteien in der „Worber Post“ 4/2013 aufgrund der erst drei Jahre zurückliegenden Abstimmung und der finanziellen Situation der Gemeinde momentan gegen ein neues Projekt aus. Um die grossen Naturrasenspielfelder im Worboden und Niederhaus zu schonen, haben die Fussballclubs Trainingseinheiten mit den Junioren in die Schulanlagen Rüfenacht und Vielbringen verlegt. Spiele der Meisterschaft können da aber natürlich nicht gespielt werden. Eine bessere Nutzung der bestehenden Spielfelder, sprich Niederhaus, steht zur Diskussion. Die aktuelle Grösse kann eventuell von 94 x 56 Meter auf 100 x 64 Meter vergrössert werden. Somit könnten Spiele der Meisterschaft bis und mit der 1. Liga durchgeführt werden. Die Damenmannschaft könnte die Spiele der 1. Liga und der Nati B auf diesem Spielfeld durchführen. Doch auch für diese Vergrösserung benötigt es zuerst Verhandlungen und anschliessend Finanzen. Drei Lichtmasten müssten versetzt werden und der Vertrag mit dem bewirtschaftenden Landwirtschaftsbetrieb müsste ebenfalls neu diskutiert werden. Zudem ist die Garderobensituation im Niederhaus allen bekannt. Die Departemente Bau und Präsidiales stehen weiterhin in Gesprächen mit den Fussballclubs. Wir sind weiterhin gemeinsam auf der Suche nach einer Lösung aus der momentan sehr schwierigen Situation.

Einfache Anfrage der SP-Fraktion betreffend Samstagsmarkt

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 343	13.05.2013	9	2013/17-32	799	53/40

Gemeinderat Leiser Thomas, Departementsvorsteher Sicherheit: An der letzten GGR-Sitzung vom 18. März 2013 war vorliegende Anfrage der SP betreffend Samstagsmarkt eingegangen. Gerne nehme ich wie folgt Stellung: An der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 10. September 2012 hat der Gemeinderat in einer Stellungnahme die vorgenommenen Bemühungen dargelegt und mitgeteilt, dass das kleine Hinweisschild durch ein F4-Plakat ersetzt wird. Der Grosse Gemeinderat hat entgegen dem Antrag des Gemeinderates das Postulat der SP vom 19. März 2012 für erheblich erklärt. Damit die Bürgerinnen und Bürger mit einem ansprechenden, attraktiven und professionell gestalteten Plakat auf den Samstagsmarkt aufmerksam gemacht werden können und dieses nach Möglichkeit auch weiter verwendet werden kann, wurde Kontakt mit einem entsprechenden Grafikbüro aufgenommen. Das Plakat ist in der Erarbeitungsphase und wird der Sicherheitskommission, als zuständige Kommission, in der Juni-Sitzung vorgelegt. Anschliessend wird das Plakat in Auftrag gegeben und wird voraussichtlich ab diesem Sommer verwendet werden können. Auf diese Weise gedenkt der Gemeinderat sein Versprechen einzulösen.

Postulat der EVP-Fraktion betreffend Platzprobleme im Schulhaus

Enggistein

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 343	13.05.2013	10	2013/17-33	823	32/2/1

„Mitte August 2012 wurde das Asylantenheim beim Gutshof Enggistein wiedereröffnet. Da neuerdings vorwiegend Familien aufgenommen werden, haben auch viele Kinder im Heim Einzug gehalten. Für diese Kinder wurden praktischerweise im Schulhaus Enggistein drei Integrationsklassen (Deutschunterricht) in zwei Schulzimmern und notgedrungen im Mehrzweckraum eingerichtet. Die Schule platzt nun aus allen Nähten. Der Mehrzweckraum ist seither für Vorführungen, Schulfeste, Turnen bei Schlechtwetter, Abstimmungen, Wahlen und für den Dorfverein nicht mehr oder nur schwer zugänglich und nutzbar. Der jetzige Mehrzweckraum ist aus dem ehemaligen Kindergartenraum entstanden. Er ist nur minimal eingerichtet und für Anlässe (vor allem der Schule) definitiv zu klein. Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen

- ob eine Vergrösserung des bestehenden Mehrzweckraumes im Erdgeschoss möglich ist.
- ob der Handarbeitsraum in ein provisorisches Klassenzimmer für eine Integrationsklasse umfunktioniert werden kann.
- ob ein zweckmässiger und grösserer Mehrzweckraum im Estrich des Schulhauses realisiert werden kann.
- ob ein Teil der entstehenden Kosten durch die Integrationsklassen der Kanton übernehmen kann.“

Dringliches Postulat der FDP-Fraktion betreffend Sanierung der Worber

Finanzen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 343	13.05.2013	11	2013/17-34	824	21/0

„Im Hinblick auf die kommende Budget-Beratung wird der Gemeinderat gebeten, Folgendes zu prüfen: Dem GGR sind Szenarien vorzulegen, wie die Gemeindefinanzen saniert werden können. Für die Finanzplanung 2014/18 wie auch für den Voranschlag 2014 werden konkrete Vorschläge von Sanierungszielen mit entsprechenden Sanierungsmassnahmen erwartet.

Begründung:

Das negative Ergebnis der Gemeinderechnung 2012 kam nicht unerwartet. Budgetierte und auch ausserordentliche Einflüsse führten zu diesem unbefriedigenden, aber unter diesen Umständen akzeptablen Resultat. Die Gemeinde leidet unter strukturellen Problemen, die dringend anzugehen sind. Sparmassnahmen alleine führen kaum zum erwarteten Ziel. Eine nachhaltige Sanierung wird nur mit einer Verbesserung der Ertragsseite möglich werden. Unter diesen Umständen muss der Gemeinderat dringend klare Signale setzen, was es braucht, um die Gemeindefinanzen wieder ins Lot zu bringen. Eine Steuererhöhung alleine kann kaum eine langfristige Lösung sein. Vielmehr

muss mit einer konsequenten Bereinigung unserer strukturellen Gemeindefinanzen sichergestellt werden. Für die Beratung der Finanzplanung 2014/18 und des Voranschlages 2014 im Herbst dieses Jahres ist es für den GGR unabdingbar, sich auf umfassende Entscheidungsgrundlagen abstützen zu können und Vorlagen mit verschiedenen Szenarien und Varianten zur Verfügung zu haben. Darin muss aufgezeigt werden, mit welchen Massnahmen, bei welchen Konsequenzen, welche Meilensteine, in welchem Zeitpunkt erreicht werden können.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Ausarbeitung der Finanzplanung 2014/18 und des Voranschlages 2014 stehen unmittelbar bevor. Mit dem Dringlichen Postulat der FDP „Sanierung der Worber Finanzen“ wird der Gemeinderat gebeten, als Grundlage der beiden, für die Zukunft unserer Gemeinde entscheidenden Dokumente Szenarien, Sanierungsziele und –massnahmen auszuarbeiten. Nur mit diesen Grundlagen kann der Grosse Gemeinderat im Herbst fundiert über unsere zukünftigen Finanzen diskutieren und entscheiden. Damit diese Arbeiten unverzüglich aufgenommen werden können, ist eine dringliche Bearbeitung des Postulats zwingend.“

Einfache Anfrage der FDP-Fraktion betreffend Standortbestimmung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 343	13.05.2013	12	2013/17-35	825	12/50/0

„Seit Beginn der neuen Legislaturperiode sind über die wichtigen Entwicklungsprojekte der Gemeinde, Wislepark und Dreiklang, wenig konkrete Informationen zu vernehmen. Hinsichtlich der anstehenden Finanzplanung, bitten die Unterzeichnenden den Gemeinderat, im Rahmen einer Standortbestimmung, über den Fortschritt folgender Geschäfte Auskunft zu erteilen:

1. Wislepark
 - 1.1 Wie lautet die Bauabrechnung?
2. Dreiklang
 - 2.1 Ist das Wettbewerbsverfahren abgeschlossen?
 - 2.2 Ist der entsprechende Baurechtsvertrag unterzeichnet?“

Sitzungsende 22.40 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Christa Kühn-Blank
Präsidentin

Monika Gfeller
Protokollführerin

Genehmigung Genehmigt in der Sitzung vom 24. Juni 2013.

Thomas Wälti
Sekretär